Volksstimme

Sozialdemokratisches Organ für den Regierungsbezirk Merseburg.

Die „Volksstimme" erscheint täglich abends (mit Ausnahme der Sonn- und Festtage). Verantwortlicher Redakteur für den Teil Lokales und Provinzielles Reinh. Drescher, für die Inserate Rudolf Kochanski, Halle, für den übrigen Inhalt Otto Pollender, Leipzig. — Verl. der Volksstimme G.m.b.H., Halle, Große Ulrichstraße 27. — Druck Freie Presse G. m. b. H., Leipzig, Königstr. 5.

Bezugspreis: Monatlich 1 Mark, beim Abholen von der Expedition 90 Pfennig. Bei den Post-anstalten vierteljährl. 2.70 M. ohne Bestellgeld. Einzelne Nummern 10 Pf. — Insertionsgebühr: Die 7gesp. Kolonelzeile 20 Pfennig, Inserate v. auswärts 25 Pfennig, im Reklameteil Zeile 75 Pfennig. Verlag u. Expedition: Halle, Große Ulrichstraße 27. Fernspr. 5407. — Zeitungspreisliste Seite 411.

Nr. 274. **Halle, Dienstag den 26. November 1918.** **2. Jahrgang.**

Die Konferenz der deutschen Bundesstaaten

Montag vormittag 10 Uhr begann im Kongreßsaal des Reichskanzlerpalais die Konferenz der deutschen Bundesstaaten. Etwa 70 Vertreter der Freistaaten sind erschienen, neben einigen früheren diplomatischen Vertretern sehr viele bekannte Abgeordnete, die in ihrer engeren Heimat die Regierung übernommen haben, und daneben noch unbekannte Männer, zum Teil im Matrosen- oder Soldatenrock. Zwei lange Tische sind von den Vertretern besetzt, während am dritten die Staatssekretäre und die Beigeordneten Platz genommen haben.

Die Verhandlungen wurden durch eine Rede des Vorsitzenden, Volksbeauftragten Ebert eröffnet. Er führte aus:

Die Arbeit, welche uns hier vereint hat, ist von allergrößtem Interesse für unser Land und Volk. Als wir die politische Macht übernahmen, standen wir vor einem Trümmerhaufen. Nun ist an Stelle der Monarchie die sozialistisch-republikanische Staatsform gesetzt worden, in der die Volksbeauftragten die Exekutive haben, während die politische Macht in den Händen der Arbeiter und Soldaten liegt. Die nächsten Aufgaben sind schnellster Frieden und Sicherung des Wirtschaftslebens. Wenn die Waffenstillstandsbedingungen nicht bald wegfallen, hat dies die allerschlimmsten Folgen. Die Rettung heißt Präliminarfrieden. Inzwischen muß jeder Arbeiter und jeder Soldat seine ganze Kraft für den Wiederaufbau einsetzen, denn die Freiheit, die gesichert ist, wäre wertlos ohne Brot und ohne Arbeit. Alle Transportmittel müssen in den Dienst des Reiches gestellt werden, die Kohlenförderung muß auf der Höhe gehalten werden, Solidarität muß sich überall geltend machen. Die Sozialisierung ist eingeleitet, aber ohne Experimente, nicht auf einzelne Fabriken, sondern auf ganze Gruppen erstreckt, nach genauem Studium und unter Sicherung der wirtschaftlichen Werte. Nun heißt es Arbeit schaffen, wozu die engste Einheit nötig ist. Die endgültige Regelung der Zusammenarbeit zwischen Reichsleitung und Bundesstaaten muß der Nationalversammlung vorbehalten werden, zu deren baldigster Einberufung wir entschlossen sind. Schon morgen wird das Kabinett das Wahlgesetz zur Nationalversammlung in Beratung nehmen. Vorerst muß ein Provisorium zwischen Einzelstaaten und Reich geschaffen werden, was die Aufgabe der heutigen Sitzung ist.

Nach der Eröffnungsrede Eberts nahm der bayrische Präsident Eisner das Wort, um schwere Bedenken gegen die Tagesordnung vorzubringen. Die Lage sei bekannt, aber nicht, wie eine neue Lage zu schaffen sei. Er schlage vor, die Diskussion in drei große Gruppen zu gliedern: 1. Waffenstillstands- und Friedensbedingungen zugleich mit der Vorfrage nach der Aktionsfähigkeit der Regierung. 2. Politisch-nationaler Zusammenhang und 3. Wirtschaftliche Beziehungen der Gliedstaaten zum Reich. Das alles müsse nicht nur erörtert, sondern entschieden und abgeschlossen werden.

Vorsitzender Ebert dringt mit dem Vorschlag durch, daß mit den Referaten zu beginnen und dann eine Gruppierung vorzunehmen sei, wie sie Eisner vorschlägt.

Staatssekretär Solf:

Da die Teilnahme der Vereinigten Staaten am Kriege sich als ausschlaggebend erwiesen habe, hätten wir uns mit unserm Waffenstillstands- und Friedensangebot auch an sie gewandt. Außerdem habe Wilson als einziger ein ehrliches positives Programm vertreten, während alle andern Gegner Imperialisten seien. In unserer Lage sei aber die einzige Rettung eine entschiedene positivistische Politik und damit Eindämmung des Imperialismus. Allerdings herrsche auch in Amerika Siegesstimmung und daher Uebereinstimmung mit den Waffenstillstandsbedingungen. Amerikas Forderung sei, daß in Deutschland Ruhe und Ordnung aufrechterhalten werde, sonst drohe es nach den Worten Taffts mit dem Einmarsch. Eben jetzt sei eine Antwort Wilsons eingegangen, welche Versorgung in Aussicht stellt, wenn die öffentliche Ordnung aufrechterhalten wird. In England habe die hochfahrende Siegesstimmung gesiegt. Selbst Lansdowne und Henderson seien verstummt. Lord Cecils Rücktritt könne man wohl auf seine Stellung zum Völkerbund zurückführen, die der unsern entspreche. Auch in England werde von Deutschland eine gesicherte Majoritätsregierung verlangt. Herrliche in England Siegesjubel, so sei in Frankreich der Siegestaumel an der Tagesordnung. Seine öffentliche Meinung dränge vor allem auf Unterdrückung jeglichen Bolschewismus, aber es scheine fast, als wolle man in Paris gar keinen Frieden, sondern hoffe durch Förderung des Separatismus das Reich zu zerstören. In Polen sei das Bestreben der Regierung, die Liquidation der deutschen Okkupation ohne Blut zu erleichtern, obwohl die Volksstimmung anders gerichtet sei. Dem deutschen Gesandten sei die Mitteilung gemacht worden, daß man auf freundschaftliche Beziehungen zum Reich Wert lege. Ungünstig wäre eine Uebernahme der Regierung durch die national-demokratische Partei, die ententefreundlich und deutschfeindlich sei. In der Ukraine scheine sich der Gedanke des russischen Föderativstaats durchsetzen zu wollen, wenn sich auch Gegenbestrebungen bemerkbar machten. Rußland sei von der alten Regierung im Interesse des notwendigen Friedensschlusses anerkannt worden, und wir wollten auch im Frieden mit der Sowjetregierung leben, aber gegen die bolschewistische Propaganda in unserem eigenen Land durch Moskau müßten wir uns auf das entschiedenste wahren. Die Verhältnisse in Rußland seien unerträglich geworden. Das Ende der Sowjetregierung scheine bevorzustehen.

Zusammenfassend kommt Solf auf den unbedingten Vernichtungswillen Frankreichs zurück, dem separatistische Eigenmächtigkeiten im eigenen Lande in die Hände arbeiten, so, wenn der A.- und S.-Rat in Hamburg selbständig Beziehungen zur Sowjetregierung anknüpfe oder wenn von anderer Stelle unser Kurier des Auswärtigen Amts auf der Reise nach Wien verhaftet würde. Er habe mit seinen Beamten loyal unter der neuen Regierung gearbeitet, aber der Vernichtung des Reichs könne er nicht ohne Protest zusehen. Seine einzige Hoffnung sei diese Konferenz, denn die heutigen Verhältnisse zerstörten alle Friedenshoffnungen. (Mehrfacher Widerspruch.)

Die Konferenz müsse unbedingt dreierlei beschließen: 1. Die Zentralgewalt darf keiner Kontrolle unterstellt sein welche die Einzelstaaten nicht anerkennen. 2. Die Auslandsgeschäfte dürfen nur der Reichsregierung obliegen. 3. Für die Nationalversammlung, die nicht in Berlin, sondern an einem zentral gelegenen Ort zu tagen habe, muß ein baldigster Termin festgesetzt werden, denn was heute vorhanden sei, könne nur als Provisorium gelten. Solf schließt mit den Worten, daß er dann an eine glückliche Zukunft der Revolution glaube und sie nicht um ihre Früchte bringen wolle.

Staatssekretär Erzberger

berichtet zunächst über den Entschluß des Kriegskabinetts, am 8. November dem französischen Oberbeschlshaber die Kapitulation Deutschlands auszusprechen. Die Verhandlungen führten zu dem Ergebnis, daß Elsaß-Lothringen entgegen den von Foch mitgeteilten Bedingungen nicht als besetztes Gebiet, sondern als selbständiger Staat bezeichnet wurde. Die Punkte, in denen die Bedingungen eine Milderung erfuhren, waren: die Verlängerung der Räumungsfrist von 30 auf 36 Tage, die Ablieferung von 5000 Lastkraftwagen, statt 10 000, die Bestimmung, daß die Rückgabe der deutschen Kriegsgefangenen im Präliminarfrieden geregelt werde, endlich Zusicherung der Versorgung mit Lebensmitteln. Vorläufig wickle sich die Erfüllung der Bedingungen verhältnismäßig gut ab. Das Kriegsmaterial werde ordnungsgemäß übergeben, dagegen konnten nur 3000 Lokomotiven und 100 000 Waggon abgeliefert werden. Die Abmachung über die deutschen Kriegsgefangenen mildern zu können, erscheine hoffnungslos. Die Rückkehr der Gefangenen vollöge sich normal, unmöglich sei dagegen die Rückführung der gefangenen Russen vor dem 1. Februar 1919.

In der Lebensmittelfrage sei gestern zum erstenmal eine entgegenkommend gehaltene Depesche von Clemenceau eingetroffen. Er verspreche sich auch viel von der Ankunft Hoovers in England. Er zweifele aber entschieden an der Möglichkeit, die Räumungstermine innezuhalten, und befürchte, die Entente suche einen Rechtstitel, um in Deutschland einzurücken. Hieraus ergibt sich nach seiner Ansicht die dringende Notwendigkeit des Präliminarfriedens; ferner erhofft er von einem solchen endgültiges Aufhören des Blutvergießens, Heimkehr der deutschen Kriegsgefangenen, Wahrung der Reichseinheit. Im Falle seiner Verzögerung befürchtet er Nachteile durch längere Besetzung der linksrheinischen Gebiete und durch Verwirklichung der polnischen Ansprüche in Posen und Oberschlesien schon während des Waffenstillstandes.

Eisner:

Die Referate von Solf und Erzberger lassen wirklich nichts davon merken, daß inzwischen die Revolution ihre Arbeit getan hat. Sicherlich wollen wir den Frieden, aber ihn erreichen werden wir nur durch völlig unkompromittierte Männer. Man fasse sich an den Kopf, wenn man die Namen der Waffenstillstands-Unterhändler lese. An ihrer Spitze ständen Leute wie Erzberger, welche die Weltvergiftung der öffentlichen Meinung organisiert haben. Solf hält Verhandlungen mit Wilson für angebracht, ohne zu bedenken, daß er dadurch die andern unserer Gegner für minderwertig erklärt. Das muß ja beides den Frieden zum Scheitern bringen. Er könne die Tätigkeit dieser beiden Männer

nichts anders als Konterrevolution nennen.

Er kenne die Entente nicht aus Zeitungen, sondern aus persönlichen Berichten. Ihre Forderungen sind. Mit Männern zu verhandeln, die nicht zum alten System gehören. Clemenceau hat erst neulich erklärt, die ursprünglichen Waffenstillstandsbedingungen gälten nicht dem deutschen Volk, sondern Wilhelm II. Der Kaiser sei gegangen; ihm müßten all die kompromittierten Männer nach Holland folgen, wenn sie nicht wegen Landes- und Volksverrats angeklagt werden sollten. Solf, Erzberger und ihresgleichen seien für alle Zeiten erledigt. Die zweite Forderung der Entente sei, Männer an der Spitze der deutschen Regierung zu sehen, die das Vertrauen der Masse genießen. Wir brauchen eine Reichsregierung, die ohne Hemmung eine demokratische und soziale Politik treibt. Außerdem schlägt er die Einführung eines provisorischen Präsidiums an Stelle des Bundesrats vor, das alle Verhandlungen mit der Entente führt. Nur auf Grund dieser seiner Vorschläge könne der Separatismus unterbunden werden, den er in Bayern bekämpfe, der aber stärker sei denn je.

Heine-Anhalt setzt sich für Erzberger ein, der immer ein Mitkämpfer gegen den Militarismus gewesen sei. Die Entente sei gegen das deutsche Volk und nicht gegen einzelnen Unterhändler.

Ebert bittet um die Erlaubnis, den Gesandten Deutsch-Oesterreichs, Ludo Hartmann vorstellen zu dürfen, der als Gast der Versammlung beiwohnen werde.

Hartmann dankt für die freundliche Begrüßung und betont, es dürfe kein Präjudiz sein, wenn er heute als Gast hier weile, er fühle sich schon völlig zugehörig. (Bravo!)

Geisner-Gotha findet die Verteidigung Heines erklärlich, da Erzbergers Sünden auch Heines Sünden seien. Er sieht das Programm in der Frage: Ist uns der Frieden lieber als der Sozialismus? Wir müssen für Sozialisierung sein, selbst dann, wenn wir uns dadurch eine feindliche Besetzung zuziehen. Uns steht das Volk über dem sogenannten Vaterland und dem Volke kann nur der Sozialismus helfen.

Lipinski-Sachsen erklärt: Solf wollte im Interesse des Friedens alle Sozialisierung hintan stellen, wogegen schärfste Verwahrung einzulegen sei, ebenso wie gegen die Einschränkung der A.- und S.-Räte durch die Zentralstelle.

Die National-Versammlung könne zurückgestellt werden,

bis die Vorbedingungen für sie geschaffen seien. An eine Einberufung des Reichstags sei nicht zu denken, denn er sei mit dem alten Regime gefolgt. Die sächsische Regierung will zur einheitlichen deutschen Republik kommen, und zwar unter Anschluß von Deutsch-Oesterreich. Alles andere sei als Provisorium zu betrachten. Eine Aufstiebung des Sozialismus zugunsten des Friedens dürfe keinesfalls stattfinden.

Beigeordneter im Auswärtigen Amt Kautsky

unterstützt Eisners Forderung einer Regierung, die vom Mehrheitswillen getragen sei und keine kompromittierten Männer enthalte. Die Friedensbedingungen würden nicht so hart sein wie die Waffenstillstandsbedingungen. Pazifismus sei allerdings die Aufgabe der Männer der Regierung, dürfe aber nicht von einstigen Kriegshetzern getrieben werden. Er bedauert, daß die noch nicht festgenommen seien, die durch die eben veröffentlichten bayrischen Berichte so schwer kompromittiert seien. Das würde dem Frieden wahrhaft dienen.

Ulrich-Hessen erklärt, das alte Regime sei durch die Soldaten gestürzt worden, denen sich dann die Arbeiter-Räte anschlossen. Der Kapitalismus müsse liquidiert werden, aber erst handle es sich um den Frieden. Unkompromittierte Leute zu seiner Herbeiführung seien gut, aber selbst unter den Unabhängigen schwer zu finden. Das Reich muß bleiben, aber eine Berliner Diktatur gefährdet es aufs schwerste. Wir wollen nicht von Berlin los, sondern mit Berlin gemeinsam arbeiten. Bis zur Nationalversammlung seien die Arbeiter- und Soldatenräte deren Ersatz. Daß die Regierung die alten Männer zum Teil im Amt behält, wäre doch selbstverständlich, ebenso wie die Beibehaltung mancher Bundesratsmitglieder als Informatoren der Einzelstaaten. Süddeutschland sei für größte Beschleunigung der Nationalversammlung. In Baden seien die Wahlen zur Landesversammlung auf den 5. Januar festgelegt, Württemberg beeilt sich ebenfalls und in Hessen wird der Termin Mitte Januar sein. Gegen das von Eisner vorgeschlagene Präsidium hätte er nichts einzuwenden.

Bernstein

wendet sich gegen die Auffassung, als wenn man erst den Sozialismus durchführen und dann zum Frieden kommen müßte. Unser weitverzweigtes Volkswirtschaftsleben sei unmöglich in ganz kurzer Zeit zu sozialisieren. Die wichtigste Frage sei die, so schnell wie möglich zu einem Frieden zu kommen. Er betrachtet es als ein Unglück, daß Persönlichkeiten mit der Führung der Waffenstillstandsverhandlungen beauftragt seien, die stark belastet seien und sich von den Methoden des alten Systems zu sehr befangen gezeigt hätten. Die Waffenstillstandsverhandlungen wirkten seiner Ansicht nach auf die zivilen Verhältnisse nicht so zerstörend, wie allgemein angenommen werde. Er wünscht schließlich, Männer zu den Verhandlungen zu schicken, die einmal das Vertrauen der Gegenseite genießen und anderseits sich auf die Mehrheit des Volkes stützen, die ihren Willen wiederum nur durch die Nationalversammlung geltend machen kann.

Heymann-Württemberg:

In der Forderung nach unkompromittierten Männern sind wir alle einig. Ebenso scheint Solfs Feststellung richtig, daß für den Abschluß des Friedens eine unangefochtene Zivilgewalt nötig ist. Den Frieden brauchen wir nach überwiegender Ansicht so bald wie möglich. Die Arbeiter- und Soldatenräte haben die Revolution geschaffen und bestehen deshalb zu Recht, aber mit dem Sieg der Revolution muß ihre Umwandlung kommen. Sie sind ein

Provisorium bis zur schleunigst einzuberufenden Nationalversammlung.

Gelingt der Berliner Versuch, diese zu verzögern, dann siegt der Separatismus. Württemberg steht durchaus auf dem Boden der Reichseinheit, aber wir brauchen Ordnung und gesicherte Lebensmittelverhältnisse. Ueber uns geht die Soldatenwelle am intensivsten hinweg und wir haben für viele Tausende elsässischer Flüchtlinge zu sorgen. Wir haben keinerlei Zweifel daran gelassen, daß wir auf dem Boden der Demokratie und des Sozialismus stehen, und nur geringen Widerstand gefunden.

Volksbeauftragter Landsberg:

Eisner will unkompromittierte Männer als Unterhändler haben, aber er hat selbst erklärt, daß es fraglich sei, ob diese weitere Milderungen erzielen könnten. Die bisherigen Milderungen und die Lebensmittelzufuhr seien den alten Männern gewährt worden. Entgegen Eisner und Bernstein halte er diese Bedingungen für unerträglich. Die zweite Forderung Eisners, daß die Regierung vom Mehrheitswillen getragen sei, unterstütze er freilich, das heiße aber nichts anderes, als

schleunige Einberufung der Nationalversammlung.

Um 1 Uhr wird die Sitzung bis 3 Uhr nachmittags ausgesetzt.

Die Nachmittagssitzung wurde eingeleitet durch den

Volksbeauftragten Barth,

der die Konstituante für notwendig erklärte, aber vorerst die Arbeiter- und Soldatenräte als Vorparlament einberufen will. Die Diktatur wolle niemand verlängern.

Präsident Merges-Braunschweig wendet sich gegen die Konterrevolution, die schuld sei, wenn ein Tropfen Blut fließe und gegen die Kerenskitaktik der Regierung. Diktatur müsse so lange sein, bis die Verhältnisse sozialistisch umgestaltet seien. Die Regierung müsse vom Volkszorn weggefegt werden.

Ebert verweist darauf, daß die Regierung vom Vertrauen der Parteien und der Arbeiter- und Soldatenräte getragen wäre und daß an dem angeblichen Befehl des Generals Sixt von Arnim kein wahres Wort sei.

Crispin-Württemberg warnt vor übertriebener Hetze gegen den Bolschewismus, erklärt sich aber uneingeschränkt für die Nationalversammlung. Er wünsche eine wirklich gute Pressebeteilung der Regierung und einen Gerichtshof für die Schuldigen am Kriege, nicht zur Bestrafung, sondern zur Feststellung.

Geis-Baden spricht für die baldige Nationalversammlung, weil ohne sie kein Friede möglich sei.

Eisner warnt vor der Durchführung des Sozialismus im Augenblick der Zerrüttung. Er bezeichnete die Arbeiter- und Soldatenräte und Bauernräte als Grundlage der zukünftigen Arbeit.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-17062977519181126-17/fragment/page=0001

Die Regierung sei rein sozialistisch umzuformen, das Auswärtige Amt mit unbelasteten Männern zu besetzen und ein Präsident zu wählen, der Deutschlands Vertrauen besitzt und mit der Entente verhandle. Er verliest seinen schon veröffentlichten Protest gegen Hindenburg.

Ebert verwahrt sich gegen die Angriffe auf die Regierung, deren politische Leitung rein sozialistisch sei.

Nach Erklärungen **Erzbergers**, der den Imperialismus der Feinde beleuchtet, und Ausführungen **Laufenburgs-Hamburg** über die Beteiligung des Bürgertums an den Volksvertretungen nach Maßgabe seiner wirtschaftlichen Kraft verliest Ebert die eingelaufenen Anträge.

In der weiteren Debatte protestiert **Haas-Karlsruhe** gegen jede Diktatur von Berlin und nennt die **Nationalversammlung das einzige Mittel gegen den Separatismus.**

Scheidemann

unterstreicht Eisners Ansicht, daß man **im Augenblick der Zertrümmerung nicht sozialisieren** könne und wendet sich gegen ein Klassenparlament, wie es die Arbeiter- und Soldatenräte auf die Dauer wären. Er sagt, daß die technischen Schwierigkeiten der Nationalversammlung lächerliche Zwirnsfäden wären. Wir brauchten **keine Wählerlisten, nur eine Legitimation für jeden Wähler.**

Grabnauer-Sachsen schließt sich ihm an und nennt die Nationalversammlung eine Schicksalsfrage.

Bergedorfer **Herzfeld** spricht für unbedingte Beibehaltung der Arbeiter- und Soldatenräte, bis die wirtschaftliche Revolution weit genug vorgetrieben sei.

Volksbeauftragter Haase

weist die Verhandlungsfähigkeit der jetzigen Regierung nach, zu deren Unterstützung sich sogar die Bürgerlichen bereit erklärt hätten. Scheidemanns Vorschlag billige er nicht und betont die Schwierigkeiten, z. B. ob in den okkupierten Gebieten frei abgestimmt werden könne, und wie es in Posen behandhabt werden solle. Die Nationalversammlungen in den Bundesstaaten hätten er zurückzutreten. Zwischen Solf und den Volksbeauftragten herrschten allerdings Meinungsverschiedenheiten, ohne die heutige Rede noch vergrößert hätte. Unverantwortliche Einflüsse gegen die sozialistische Republik dulde die Reichsregierung nicht.

Der Minister **Hirsch** bedauert, nicht im Namen der Preußen gegen die Loslösung preußischer Gebietsteile protestieren zu können.

Das Ergebnis der Aussprache.

Nach Schluß der Debatte wurde als Ergebnis der Verhandlungen folgendes Resumee angenommen:

1. Die Aufrechterhaltung der Einheit Deutschlands ist ein dringendes Gebot der Stunde. Alle deutschen Stämme stehen geschlossen zur deutschen Republik. Sie verpflichten sich, im Sinne der Reichseinheit zu wirken und separatistische Bestrebungen zu bekämpfen.

2. Die Berufung einer konstituierenden Nationalversammlung wird allgemein zugestimmt. Ebenso der Absicht der Reichsleitung, die Vorbereitungen zur Nationalversammlung möglichst bald durchzuführen.

3. Bis zum Zusammentritt der Nationalversammlung sind die Arbeiter- und Soldatenräte die Repräsentation des Volkswillens.

4. Die Reichsleitung wird ersucht, auf die schleunige Herbeiführung eines Präliminarfriedens hinzuarbeiten.

Unsere wirtschaftliche Lage.

Die Konferenz erörterte schließlich die wirtschaftliche Lage. Staatssekretär **Wurm** vom Reichsernährungsamt, Staatssekretär **Schiffer** vom Demobilisationsamt und Staatssekretär **Müller** vom Reichsarbeitsamt erstatteten Referate. Müller schlägt folgende Resolution vor, die einstimmig angenommen wurde:

Um das Wirtschaftsleben Deutschlands aufrechtzuerhalten, und um die ungestörte Versorgung des Landes mit Lebensmitteln und Rohstoffen aus dem Auslande zu sichern und die Deutsche Volksrepublik im In- und Auslande kreditfähig zu erhalten, ist fortan die Arbeit aller Banken, Sparkassen und sonstigen Kreditinstitute auf der bisherigen Grundlage und in der bisherigen Form unbedingt erforderlich. In Uebereinstimmung mit den Vertretern der deutschen Einzelstaaten erklärt daher die Reichsregierung, daß jeder Eingriff in die geschäftliche Tätigkeit der Kreditanstalten zu unterbleiben hat.

Nach 9 Uhr sprach Ebert das Schlußwort.

Sitzung des Vollzugsrats.

Der Vollzugsrat trat gestern nachmittag 4 Uhr im Ministersaal des Preußischen Abgeordnetenhauses zu einer Vollsitzung zusammen. Der Vorsitzende eröffnete die Tagung mit der Mitteilung, daß große Arbeitseinstellungen in Groß-Berlin eingetreten und weiter zu erwarten sind. Der Grund ist in den wachsenden Gegensätzen zwischen den Unternehmern und den Arbeitern zu suchen. Die in Frage kommenden Unternehmer haben ihre in den ersten Tagen der Revolution gemachten Zugeständnisse zum großen Teil zurückgezogen. Der Umwandlung der Akkord- in Lohnarbeit und der Verkürzung der Arbeitszeit wird der größte Widerstand entgegengesetzt.

Ein Redner begründet diesen Widerstand mit der Furcht der Unternehmer vor der bevorstehenden Sozialisierung der Betriebe. Allgemein kommt die Meinung zum Ausdruck, daß das Unternehmertum zur passiven Resistenz übergeht. Nach längerer Debatte einigt sich die Versammlung auf den Vorschlag, am Mittwoch, dem 27. November, 10 Uhr, in den Germania-Prachtsälen eine Versammlung der Berliner Arbeiterräte einzuberufen, die sich lediglich mit den Betriebsfragen beschäftigen und in der ein Mitglied der Reichsregierung referieren soll.

Zwei Mitglieder der preußischen Regierung erscheinen und ersuchen den Vollzugsrat um Entscheidung, ob der Justizminister Spahn bestätigt werden soll. Aussprache und Abstimmung ergaben einmütige Uebereinstimmung, daß er nicht bestätigt wird. Dagegen werden bestätigt: Simon (Handelsministerium), Paul Hoffmann und Brummer (Eisenbahnministerium) und Wolfgang Heine neben dem bereits bestätigten Dr. Rosenfeld (Justizministerium).

Der Vollzugsrat beschließt, seine programmatischen Beschlüsse als Flugblätter in Massenauflagen im Lande zu verbreiten.

Der bayrische Ministerpräsident Eisner erscheint und berichtet unter gespannter Aufmerksamkeit über den Verlauf der Revolution in Bayern, indem er gleichzeitig seine Ansichten über den Ausbau derselben, sowie über die Stimmung in Bayern vorträgt. Er schloß mit dem Appell zu demokratischer praktischer Ausgestaltung der Arbeiter- und Soldatenräte als Ersatz für den bürgerlichen Parlamentarismus, der bankrott gemacht habe.

Hieran schloß sich eine ausgiebige Diskussion, in der sich große Uebereinstimmung mit den Eisnerschen Ansichten zeigte, vor allem über die **Ablehnung weitgehender sozialistischer Experimente** im gegenwärtigen Augenblick.

Scheidemann für die sofortige Wahl der Nationalversammlung.

In der gestrigen Reichskonferenz hatte sich Scheidemann in einer Debatterede auch mit den Einwänden beschäftigt, die gegen die baldige Wahl der Nationalversammlung aus technischen Gründen erhoben werden. Scheidemann schreibt nun im Vorwärts:

Es wird hauptsächlich betont, daß es nahezu unmöglich sei, Wählerlisten aufzustellen, solange nicht alle Soldaten in die Heimat zurückgekehrt seien. Die Soldaten dürften aber, was für mich selbstverständlich ist, nicht von der Ausübung des Wahlrechts ausgeschlossen sein. Ich halte die Wahl für möglich unter Teilnahme aller Soldaten, ohne daß in diesem besonderen Falle Wählerlisten aufgestellt werden müßten. Die Wahlen für die Nationalversammlung werden geheim, gleich und direkt sein. Alle über zwanzig Jahre alten Männer und Frauen können nach dem Verhältniswahlverfahren wählen. Die politischen Parteien oder auch andere Gruppen, die sich für diese besondere Wahl etwa vereinigen wollen, können Listen ihrer Kandidaten für **alle Wahlkreise des Reichs** aufstellen. Es könnte für die Herausgabe der amtlich herauszugebenden Stimmzettel genügen, wenn die Parteileitungen ihre Kandidatenlisten einreichten. Die Regierung müßte dann einheitliche Stimmzettel für das ganze Reich drucken und verteilen lassen.

Ich schlage vor, daß alle Soldaten, gleichviel wo sie am Tag der Wahl sich aufhalten, sich durch ihren Militärpaß legitimieren. Der Paß müßte nach vorgenommener Wahl **abgestempelt** werden, damit jeder Wahlberechtigte nur einmal wählen kann.

Alle Zivil-Wahlberechtigten in der Heimat könnten auf Grund eines Ausweises wählen, der jedem Wahlberechtigten auf Verlangen ausgestellt werden müßte. Dem Einwand, daß in den besetzten Gebieten die Wahl kaum vollzogen werden könnte, kann ich erhebliches Gewicht nicht beimessen. Wenn es sich in dem besetzten Elsaß-Lothringen darum handelte, daß die Wähler für Deutschland oder für Frankreich votieren sollten, dann ließe ich den Einwand gelten. Darum handelt es sich aber nicht bei der jetzigen Wahl.

Meine Ueberzeugung, daß die Errungenschaften der Revolution um so schneller gesichert werden können, je schneller die Wahlen zur Nationalversammlung stattfinden, ist von Tag zu Tag gefestigt worden. Je schneller wir den Tag der Wahlen bekanntmachen können, um so schneller werden wir auch **Brot und Frieden haben.**

Auch Eisner!

Die Sozialistische Korrespondenz teilt über die Stellung des bayrischen Ministerpräsidenten bei Ausbruch des Krieges mit: Eisner hat in der Reichskonferenz die Forderung geäußert, daß nur neue Männer mit reinen Händen berufen sein sollen, Deutschland bei den Friedensverhandlungen gegenüber den Feinden zu vertreten. Darauf ist zu erwidern, daß es solche Männer in Deutschland nicht gibt. Eisner selbst hat in den Tagen vom 25. Juli bis 4. August die ihm nahestehenden Parteigenossen mit der ganzen Leidenschaftlichkeit seiner Beweisführung bestürmt, doch um jeden Preis für die Bewilligung der Kriegskredite einzutreten, das Deutschland im Notwehr gegen das unbedingte kriegsentschlossene Rußland mit seiner zaristischen Clique sich mit aller Kraft verteidigen müsse. Eisner hat sich dabei auf Informationen gestützt, die er in den bayrischen Ministerien erhalten hatte, und die ihm damals die absolute Ueberzeugung beibrachten, daß Deutschland keine andere Wahl habe als zum Kriege zu greifen. Erst im Herbst 1914 hat dann Eisner auf Grund anderer Beweisstücke seine Stellung in das vollkommene Gegenteil verändert.

Entlassung aus dem Heimatheer.

1. Vom 1. Dezember 1918 ab sind aus dem Heimatheer zu entlassen: Offiziere des Beurlaubtenstandes, Unteroffiziere und Mannschaften der Jahrgänge 1880 bis einschließlich 1886.

Zur Aufrechterhaltung des notwendigen Ordnungs-, Arbeits- und Bewachungsdienstes können Mannschaften bis spätestens 15. Dezember zurückbehalten werden, dann müssen sie durch jüngere ersetzt sein, die auch aus den aufzulösenden mobilen Formationen frei werden.

2. Das Einreihen einzelner mobiler Formationen in der Heimat hat begonnen. Alles muß getan werden, um diesen nach langer, schwerster Kriegszeit ins Vaterland zurückkehrenden Männern einen herzlichen Empfang zu bieten, nicht nur der Gesamtheit in öffentlicher Art, sondern auch jedem einzelnen gegenüber in ernstem kameradschaftlichem Geiste. Vergessen wir nicht, was sie für die Heimat getan haben!

3. Soweit die in der Heimat eingetroffenen mobilen Formationen nicht zum Grenzschutz- oder Ordnungsdienst bestimmt sind, werden sie gemäß Erlaß vom 19. 11. 18 D. Nr. 5252 18. b. M. sofort aufgelöst oder in den Friedensrahmen zurückgeführt und alle Jahrgänge bis auf die Jahrgänge 1896—99 ordnungsgemäß entlassen. Die letzteren Jahrgänge sind in die Ersatztruppen der Friedensformationen oder in diese selbst zu überführen, um dort ältere Jahrgänge zur Entlassung freizumachen.

Einzelheiten regeln die Stellvertretenden Generalkommandos.

Der Kriegsminister. J. A.: Reinhardt.
Der Unterstaatssekretär. Göhre.

•

(Amtlich.) Alle Arbeiter- und Soldatenräte werden gebeten, Vorkehrungen zu treffen, daß alle Waffen und Ausrüstungsstücke, die auf Bahnhöfen oder andern Orten von Truppen oder einzeln zurückkehrenden Heeresangehörigen niedergelegt oder abgegeben worden sind, gesammelt, bewacht und bei der ersten Gelegenheit dem nächsten Artilleriedepot zugeführt werden. Ausführung dieser Weisung wird große Werte des Volksvermögens erhalten.

J. A.: Unterstaatssekretär Göhre. Reinhardt.

Zusammenbruch des Bolschewismus in Dresden.

Der Ausfall der Wahlen zum Arbeiterrat für Groß-Dresden ist für den sächsischen Bolschewismus noch viel blamabler, als nach den ersten Ergebnissen anzunehmen war. Nach der Dresdner Volkszeitung entfielen auf

Liste 1 . . . 117 566 Stimmen
Liste 2 . . . 8 440 Stimmen

Ungültig waren 2414 Stimmen.

Partei und Gewerkschaften werden also vielleicht 47 Vertreter im Arbeiterrat haben, die Bolschewisten aber nur drei. Wenn dieses Wahlergebnis den Bolschewisten nicht zu denken gibt, dann ist ihnen nicht zu helfen. Wir hatten gestern die Ausreden vorausgenommen, mit denen die Leipziger Volkszeitung wieder hervortreten werde, um den elenden Reinfall zu beschönigen. Was indessen die Leipziger Volkszeitung vorbringt zur Erklärung des Zusammenbruches ihrer Anhängerschaft in Dresden, das ist nicht mehr und nicht weniger als eine Bankrotterklärung. Bei der Wahl seien, sagt das Leipziger Bolschewistenorgan, große Betrugsmanöver vorgekommen. In einigen Lokalen sei stundenlang gewählt worden, ohne daß der amtliche Stimmzettel, der amtlich besorgt werden sollte, zur Stelle gewesen sei. Diese Manöver dürften, sagt das Blatt, einen Wahlprotest zur Folge haben. Daran glaubt indessen die Leipziger Volkszeitung selbst nicht. Denn daß ihr nach einer Wiederholung dieser Blamage gelüsten sollte, ist nicht anzunehmen. Im Gegensatz zu dieser Absicht, einen Wahlprotest einzubringen, steht gleichsam die weitere Erklärung, die die Leipziger Volkszeitung gegen ihre Niederlage vorbringt. Sie schreibt nämlich: „Das Dresdner Bürgertum, Beamte und Angestellte bis zu 6000 Mark, hat die rechtssozialistische Liste zum Arbeiterrat gewählt. Unternehmer haben ihre Arbeiter und Angestellten, Wohlhabende ihre Dienstmädchen mit dem rechtssozialistischen Stimmzettel zur Wahlurne gesandt. **Die von der Gegenrevolution in Dresden erzeugte und von den Rechtssozialisten und Gewerkschaftsbeamten gestärkte Panikstimmung hat ihre Wirkung getan.**" Also immerhin keine „Betrugsmanöver", die das Wahlergebnis herbeigeführt haben?! Daß das Bürgertum seine Angestellten, Bediensteten usw. für die sozialdemokratische Liste aufgeboten hat, ist natürlich richtig. Aber meint vielleicht die Leipziger Volkszeitung, daß das Wahlergebnis für ihre Richtung weniger blamabel gewesen wäre, wenn die Bürgerlichen selbstständig gestimmt hätten? Die Leipziger Volkszeitung mag eben sagen, was sie will: Die Wahl zum Dresdner Arbeiterrat ist eine einmütige Absage der ganzen stimmfähigen Bevölkerung gegen die bolschewistische Richtung des Sozialismus, und es ist nicht die Folge einer erzeugten Panikstimmung, sondern das ganz naturgemäße Ergebnis gegen den bolschewistischen Unsinn. Das werden die guten Leute in der und in der Umgebung der Leipziger Volkszeitung bei den kommenden Wahlen zu den Gemeindeparlamenten noch reichlich zu erfahren bekommen. Und wie dann die Wahlen zur Nationalversammlung ausfallen werden, können sich die Leipziger Terroristen leicht ausmalen.

•

Die Dresdner Volkszeitung sagt zu der unabhängigen Wahlniederlage:

„Eine gewisse Vorsicht war bei Aufstellung von Wahlprognosen gewiß am Platze. Denn niemand wußte, wie die Herabsetzung des Wahlalters auf 20 Jahre und das Stimmrecht der Arbeiterinnen wirken würde. Sprach doch manches dafür, daß die bolschewistischen Kraftworte Frauen und Jugendlichen besonders imponierten. Dazu kam, daß man die Hauptsammelplätze der Unabhängigen, vor allem den Plauenschen Grund, in Rechnung stellen mußte. Offenbar haben Jugendliche und Frauen auch die hauptsächlichste Gefolgschaft der Gegenseite gestellt. Wenn sie trotzdem so kläglich abgeschnitten und nur etwa 5 Prozent der abgegebenen Stimmen auf sich vereinigen konnten, da liegt die Frage nahe, **wieviel erwachsene Männer mit gereiftem Urteilsvermögen** sie in ihrer Gefolgschaft noch haben mögen. Ziffernmäßig läßt sich das freilich nicht feststellen, aber fehl geht man wohl nicht, wenn man bei Schätzungen in den Hunderten bleibt.

Dieser Zusammenbruch wiegt um so schwerer, weil die Unabhängigen auf die Zeit der Kriegsnot und revolutionären Umwälzungen gerade ihre Hoffnungen gesetzt hatten. Alle feitherigen Wahlniederlagen ertrugen sie mit den Hoffnungen, daß ihre Zeit kommen werde. Die Zeit, auf die sie gehofft, ist da, sie glaubten ja auch schon alles sicher in den Händen zu haben, uns sogar peinliche Bedingungen diktieren zu können, und nun erleben sie eine vernichtende Zurückweisung ihrer politischen Absichten durch die Arbeiter und Angestellten. Das ist keine Niederlage mehr, das ist ein Grab, aus dem es kaum ein Wiedererstehen gibt."

Die Berliner parlamentarische Korrespondenz bezeichnet den Ausfall der Wahl als eine Ueberraschung und bemerkt dazu: Aber eben diese Ueberraschung zeigt uns auch, wie notwendig eine genaue Kontrolle der Volksabstimmung ist, und wie wenig alle unkontrollierbaren Behauptungen über den angeblichen Willen der Masse Beachtung verdienen. In Dresden waren die Unabhängigen vordem mit ungeheurer Anmaßung aufgetreten. Sie hatten es wie eine Art Gnade betrachtet, wenn sie der alten Partei die Hälfte der Sitze im Arbeiterrat einräumten. Sie hatten an dieses Zugeständnis allerhand Bedingungen geknüpft, die Führer der Sozialdemokratie von den Aufnahme in den Arbeiter- und Soldatenrat ausgeschlossen. Jetzt zeigt sich, daß der wirkliche Anhang dieser selbstbewußten Leute gleich Null war. Und wie in Dresden, so dürfte in hundert anderen Orten die Macht der Radikalen eine vorgespiegelte sein. Deshalb verlangen wir überall Wahlen, welche die wirkliche Meinung des Volkes an den Tag bringen.

Der Vollzugsausschuß des Soldatenrats bei der obersten Heeresleitung

erließ auf vielfältige dringende Aufforderung von Front-Soldatenräten hin den folgenden Aufruf:

An alle Soldatenräte der Heeresgruppen und Armee-Oberkommandos der West-, Ost- und Südfront zur schleunigsten Weiterleitung an unterstellte Generalkommandos und Divisionen.

In zahlreichen Kundgebungen von Soldatenräten des Feldheeres kommt zu uns der dringende Wunsch auf sofortige Einberufung eines allgemeinen Vertreterlages der Truppen-Soldatenräte, deren Stimme bei der Neugestaltung der Dinge im Reich nicht überhört werden soll. Solchen Vertretertag berufen wir hiermit auf den 1. 12. vormittags 9 Uhr nach Bad Ems ein.

Jede Division, sowie jedes Generalkommando, Armee-Oberkommando und jede Heeresgruppe — die 3 letzteren für die ihnen unmittelbar unterstehenden Truppen — wollen je einen mit schriftlicher Vollmacht versehenen Vertreter entsenden. Vorbereitungen zur Tagung übernimmt der Soldatenrat bei der O. H. L. Der Raum der Tagung wird am Bahnhof Bad Ems noch bekanntgegeben werden.

Soldatenräte! Werbt und sorgt dafür, daß jede Division durch einen aus der Truppe gewählten Vertrauensmann vertreten ist. Es handelt sich um eine eintägige Zusammenkunft.

Die vierte Armee gegen jede Diktatur.

Krefeld, 25. November. Nachstehendes Telegramm ist heute an den Reichskanzler Ebert gesandt worden:

„In Berlin wird das Gerücht verbreitet, die vierte Armee nehme den Kampf **gegen die Revolution** auf. Wenn unter „Revolution" die **Diktatur der Minderheit, der Bolschewisten**, verstanden wird, so deckt sich das Gerücht mit den Tatsachen. Die politischen Ziele der vierten Armee stimmen bei solcher Auslegung dann auch mit dem **Programm der Regierung**, vertreten durch Ebert und Haase, überein. Die vierte Armee hat in ihrem von den Delegierten der einzelnen Truppenteile einmütig angenommenen Programm folgenden Satz niedergelegt: „**Die Armee bekämpft mit allen Mitteln jeden Versuch, eine Diktatur zu errichten, sei sie monarchistischer oder terroristischer Natur.** Die Armee erwartet von allen Behörden und Kommandostellen die tatkräftige **Unterstützung der Regierung des Reichskanzlers Ebert.**"

Der Soldatenrat der vierten Armee spricht im Namen von 500 000 Frontsoldaten, nachdem die Delegierten der einzelnen Frontverbände in ihrer gestrigen Sitzung in Krefeld dem Vorsitzenden Ludwig Levinsohn ihre uneingeschränkte Zustimmung gegeben haben. Der Soldatenrat hat schwer kämpfen müssen, um den Rückmarsch in geordnete Bahnen zu leiten. Er wurde gegen seinen Willen auf politisches Gebiet gedrängt und wendet sich gegen die Machenschaften der Leute, die auf dem besten Wege sind, den Feind ins Land zu rufen. Möge sich eine Revolution der Welt in manchen Köpfen mit Idealen konstruieren lassen, wer am Feinde stand, muß sich sagen, daß die Weltanschauung der Entente ungeheuerlich noch dem Materialismus huldigt. In unmittelbaren Kundgebungen von und wurde dem Reichskanzler klargelegt: **Die Front will der Regierung zur Seite stehen, aber sie verlangt, in Berlin gehört zu werden.** Wer die Heimaterde verteidigt hat, läßt es nicht katenlos geschehen, daß ohne sein Zutun über sein Schicksal entschieden wird. Dies ist billiges Recht, nicht Revolution.

Der Soldatenrat der vierten Armee.
Ludwig Levinsohn, Vorsitzender."

Wilson für die Lebensmittellieferung.

Den energischen Protesten der erbitterten öffentlichen Meinung Deutschlands über die Fortsetzung der Hungerblockade scheint jetzt doch ein gewisser Erfolg beschieden zu sein. Es ist nicht unwahrscheinlich, daß der Lebensmittel-

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-17062977519181126-17/fragment/page=0002

Versorgung Deutschlands durch die Regierungen der Entente auf Wilsons Anregungen jetzt endlich praktisch näher getreten wird.

Die deutsche Regierung hat durch Vermittlung der Schweizer Regierung die nachstehende Antwort des amerikanischen Staatssekretärs Lansing erhalten:

In der gemeinsamen Sitzung der beiden Häuser des Kongresses vom 11. November erklärte der Präsident der Vereinigten Staaten, daß die Vertreter der verbündeten Regierungen im Obersten Kriegsrat in Versailles in einem einstimmig gefaßten Beschluß den Völkern der Mittelmächte zugesagt hätten, daß alles unter den gegenwärtigen Umständen Mögliche getan werden solle, um sie mit Nahrungsmitteln zu versehen, um die traurige Not zu erleichtern, die an sooiel Orten ihr Leben bedroht, und daß sofort Schritte unternommen werden sollen, dieses Hilfswerk in derselben Weise systematisch zu organisieren, wie dies im Falle Belgiens geschehen ist. Der Präsident gab ferner der Ansicht Ausdruck, daß es sich durch Verwendung der brachliegenden Tonnage der Mittelmächte alsdann ermöglichen lassen sollte, der bedrängten Bevölkerung der Mittelmächte die Furcht vor äußerstem Elend zu nehmen und ihr Gelegenheit zu geben, ihre Aufmerksamkeit und ihre Kräfte den großen und gefahrvollen Aufgaben des politischen Neuaufbaues zu widmen, denen sie jetzt überall gegenübersteht.

In diesem Sinne beauftragt mich der Präsident, zu erklären, daß er bereit ist, die Versorgung Deutschlands mit Nahrungsmitteln in günstigem Sinne zu erwägen und diese Frage mit den Verbündeten Regierungen sofort aufzunehmen, vorausgesetzt, daß er die Versicherung erhält, daß in Deutschland die öffentliche Ordnung aufrechterhalten wird und auch weiterhin aufrechterhalten bleibt, und daß die gerechte Verteilung der Nahrungsmittel unzweifelhaft garantiert wird.

Unabhängige Quertreibereien.

Die Berliner Unabhängigen veranstalteten gestern wieder große öffentliche Versammlungen; in einer davon sprach Haase. Er wandte sich gegen die Mehrheitssozialisten, die immer noch in bürgerlichen Gedanken eingesponnen seien. Als Ziel seiner Wünsche bezeichnete Haase die völlige Ersetzung des bisherigen Beamten- und Verwaltungsapparates durch Anhänger der sozialistischen Parteien. Für ein solches Experiment sei jedoch in der jetzigen schwierigen Zeit kein Platz.

Die Verstaatlichung gewisser Betriebe läge im Interesse der Allgemeinheit, wobei die Exportindustrie und der Handel unbehelligt bleiben würden. Haase stellte ferner fest, daß die Diktatur des Proletariats selbstverständlich kein ewiger Zustand sein könne; aber die Errungenschaften der Revolution müssen verankert werden. Die Nationalversammlung sei eine unbedingte Notwendigkeit; fraglich sei allein der Termin. Den Soldaten vor allen Dingen müsse das Recht der Beteiligung eingeräumt werden. Dies sei jedoch im Februar noch nicht möglich.

•

Auch hier also wieder das Bestreben der Verschleppung aus offenbarer Angst vor dem Wahlergebnis. Dresden kann freilich das unabhängige Selbstvertrauen nicht stärken. Die unentwegten Unabhängigen behalten daher ihre sonst betonten demokratischen Grundsätze noch weiter in der Tasche.

Politische Uebersicht.

Deutsches Reich.

Der erste brandenburgische Bauernrat.

Der erste Bauernrat der Mark Brandenburg hat sich nach dem Vorwärts in Bredereiche gebildet. Er fordert:

1. **Bessere Volksernährung durch möglichst freiwillige Abgabe der Lebensmittel.**
2. Eine **Bauernwehr** im Interesse der Aufrechterhaltung der Ordnung und Volksernährung.
3. **Mitwirkung** der Bauernräte bei allen Entscheidungen des öffentlichen Wirtschaftslebens.
4. Milardeit in der **Ueberführung** des landwirtschaftlichen **Großbesitzes** in den Besitz von Bauern.
5. Rücksichtsloses Vorgehen gegen die bisherige **Schonung der Großgrundbesitzer** bei der Abgabe von Lebensmitteln, Vieh usw. zum schweren Schaden der Bauernwirtschaften.

Rechtsmittel für Kriegsbeschädigte.

In naher Aussicht steht die Anordnung eines neuen Rechtsmittelverfahrens für die Kriegsbeschädigten und Kriegshinterbliebenen. Statt des Kriegsministeriums, dem bisher die Entscheidung oblag, sollen Spruchinstanzen in Anlehnung an die Schiedsgerichte und Organe der Arbeiterversicherung geschaffen werden. Außerdem sollen die Renten erhöht werden.

Arbeiter in der Regierung.

Zur ständigen Beratung des preußischen Ministers der öffentlichen Arbeiten ist der Vorsitzende des Deutschen Eisenbahnerverbandes, L. Brunner, als Beirat ins Ministerium berufen worden. Der Verbandsvorstand hat ihm, obwohl er seine Arbeitskraft für unentbehrlich hält, mit Rücksicht auf die gegenwärtigen politischen Verhältnisse dafür Urlaub erteilt.

Der unabhängige sozialdemokratische Reichstagsabgeordnete Dr. Erdmann läßt mitteilen, daß er die Berufung als Beirat ins Reichswirtschaftsamt abgelehnt hat.

Zur Frage der Trennung von Staat und Kirche.

In Beantwortung zahlreicher telegraphischer und brieflicher Anfragen hat der Volksbeauftragte im Ministerium für Wissenschaft, Kunst und Volksbildung, Konrad Haenisch, folgendes Telegramm an die Rheinische Zeitung in Köln gerichtet:

„Dementiert auf das entschiedenste das unsinnige Gerücht, daß das Kultusministerium beabsichtige, mit einem das Volk überrumpelnden Handstreich durch bloßes Dekret unverzüglich die Trennung von Staat und Kirche herbeizuführen. Gewiß liegt die baldige Durchführung dieser Trennung in der allgemeinen Linie unserer Politik und die ersten Vorarbeiten dazu sind auch bereits eingeleitet. Aber es versteht sich von selbst — und darüber herrscht im Kultusministerium vollste Einmütigkeit — daß zu diesen Vorarbeiten, die mit zahlreichen Fragen finanzieller, juristischer und allgemein politischer Natur verknüpft sind und in die auch Fragen der äußeren Politik hineinspielen, auch Vertreter der Kirchen herangezogen werden. Vorbesprechungen mit berufenen Vertrauensmännern der Geistlichkeit und mit anerkannten Lehrern des Kirchenrechts sind bereits eingeleitet. Es ist jede Gewähr dafür geboten, daß nichts geschehen wird, ohne die loyalste Rücksichtnahme auf die berechtigten Interessen und Empfindungen auch der kirchlich denkenden Kreise des preußischen Volkes. Nichts wird über das Knie gebrochen werden. Von allem andern abgesehen, würde das schon die Rücksicht auf die allgemeine politische Lage verbieten. Das preußische Ministerium für Wissenschaft, Kunst und Volksbildung treibt keine enge Ressortpolitik, sondern Staatspolitik. Zur Beunruhigung der katholischen Bevölkerung liegt keinerlei Anlaß vor. Eine offizielle Erklärung unseres Ministeriums in dieser Frage erfolgt in den nächsten Tagen.

Revolution und Gesetzgebung.

Von bürgerlich-juristischer Seite wird uns geschrieben:

Unter dem 12. November 1918 hat die neue sozialistische Regierung, der Rat der Volksbeauftragten in Berlin, zum erstenmal mit Gesetzeskraft Anordnungen erlassen, die einschneidende Eingriffe in die bisher geltende Gesetzgebung in sich schließen. Daß es eine Hauptaufgabe der Revolution sein muß, die morschen und altgewordenen Bestandteile unserer Rechtsordnung zu beseitigen und neues an ihre Stelle zu setzen, ist selbstverständlich. Anderseits unterliegt es keinem Zweifel, daß die Revolution nicht einen Zustand der Gesetzlosigkeit geschaffen hat, sondern daß alle bisher geltenden Gesetze an sich in Kraft geblieben sind, bis sie durch einen neuen Akt der Gesetzgebung aufgehoben oder geändert werden. Nur der erste Ansturm, der sich gegen das Staatsgrundgesetz, die Verfassung, richtete, mußte sich in der Weise vollziehen, daß sich der Volkswille über das Gesetz stellte und die Verfassung des Reichs und der Bundesstaaten eigenmächtig ohne förmlichen Gesetzgebungsakt zerbrach. So sind zweifellos von der Reichsverfassung die Abschnitte, die den Kaiser, den Bundesrat und wohl auch den Reichstag betrafen, von selbst außer Kraft getreten, während andere Teile, wie z. B. die Vorschriften über das Reichsgebiet, die Reichsangehörigkeit, die Freizügigkeit usw. in Kraft geblieben sind, ebenso auch die Vorschriften über die Abgrenzung der Kompetenz des Reichs und der Bundesstaaten, solange nicht der Volkswille diese selbst für aufgehoben erklärt hat. Nunmehr gilt es aber, den weiteren Aufbau der Neuordnung in streng gesetzlicher, auf dem Volkswillen als entscheidender Rechtsgrundlage aufgebauter Weise in die Wege zu leiten. Daher dürfte es eine der wichtigsten Fragen sein, wem gegenwärtig die gesetzgebende Gewalt in Deutschland zusteht.

Vor den großen Revolutionen von 1789—1849 waren es (von England abgesehen) durchweg die fürstlichen Machthaber, die die Gesetze erließen, wobei es ihnen mehr oder weniger freistand, sich der sogen. „Stände", d. h. selbstgewählter Ratgeber aus Junkerkreisen zu bedienen. Das 19. Jahrhundert hat bekanntlich in Deutschland — mit Ausnahme der beiden Mecklenburg — dem Grundsatz zum Durchbruch verholfen, daß die Regierungen, d. h. die Fürsten und ihre Ratgeber, nur mit Zustimmung des Volkes, nämlich einer von diesem gewählten Vertretung, Gesetze erlassen und aufheben durften. Eigenmächtig durften sie im Wege der sog. Verordnung nur soweit Rechtsvorschriften erlassen, als sie durch ein von der Volksvertretung genehmigtes Gesetz dazu ermächtigt waren. Daß die sogen. Volksvertretung oft (in der Regel! D. Red.) keine solche war, weil die Fürsten es verstanden, durch Klassenwahlrechte die Mitwirkung des Volkes selbst zu einer Komödie zu erniedrigen, ändert an der grundlegenden Tatsache nichts, daß Gesetze nur durch Zusammenwirken von Volk und Regierung zustande kommen konnten, wobei im Reiche die Regierung durch den von den Bundesfürsten und freien Städten beschickten Bundesrat vertreten war.

Regierende Fürsten und Bundesrat sind nicht mehr vorhanden; die Gewalt des Volkswillens hat sie beseitigt. Daraus folgt, daß die gesetzgebende Gewalt nunmehr dem Volke allein zusteht. Solange nicht, wie in der Schweiz, ein sogen. Referendum, d. h. Abstimmung des ganzen Volkes, eingeführt und organisiert ist, kann das Volk sein Gesetzgebungsrecht nur durch gewählte Organe seines Willens ausüben.

Ein solches Organ des deutschen Volks besteht heute noch nicht, denn der Rat der Volksbeauftragten in Berlin ist nicht von ihm, sondern nur vom Arbeiter- und Soldatenrat der Stadt gewählt, die zufällig unter den Hohenzollern Hauptstadt des Reiches war. Es kann also nur eine Frage der Zeit sein, daß das Volk als solches seine Vertretung wählt, und zwar die Volksgenossen des ganzen Reichs die Reichsversammlung, die jedes Einzelstaats die Landesversammlung, falls erstere nicht die Aufhebung der Landesgrenzen und damit der Bundesstaaten beschließt. Ob die Wahl nach Wahlkreisen oder als sogen. Verhältniswahl erfolgt, soll hier nicht erörtert werden; nur daß das neue Wahlrecht kein Klassenwahlunrecht sein kann, das irgend eine Klasse des Volks dauernd politisch entrechtet, erscheint nach sozialistischer Denkweise einfach selbstverständlich. Die Macht des sozialistischen Gedankens hat sich als viel zu gewaltig erwiesen, als daß der Sozialismus, wie seinerzeit die bürgerlichen Parteien, sich zu seinem Schutze eines die Andersdenkenden entrechtenden Klassenwahlrechts zu bedienen brauchte.

Sobald eine solche Volksvertretung gewählt und zusammengetreten ist, kann nur sie allein das Recht der Gesetzgebung ausüben. Nur soweit sie der von ihr gewählten Volksregierung ein Verordnungsrecht zubilligt, kann diese dann noch selbständig Vorschriften mit Gesetzeskraft erlassen.

Bis dahin besteht nun ein Schwebezustand, in dem es nur örtliche Organe des Volkswillens gibt. Da aber in dieser Zwischenzeit der Erlaß von Gesetzen nicht ohne weiteres ruhen kann, kann man annehmen, daß es dem Willen des gesamten Volkes entspricht, wenn während dieses Zeitraums der Rat der Volksbeauftragten in Berlin Notgesetze erläßt, die später nach dem Zusammentritt der Volksvertretung ihrer Bestätigung bedürfen würden. Namentlich kann man annehmen, daß insoweit, als das vom Reichstag am 4. August 1914 genehmigte sogen. Ermächtigungsgesetz und spätere Gesetze dem Bundesrat oder dem Kaiser Vollmacht zum Erlaß von Verordnungen gaben, der Rat der Volksbeauftragten ohne weiteres berechtigt ist, an ihrer Stelle das Gesetzgebungsrecht auszuüben. So war z. B. im Hilfsdienstgesetz dem Bundesrat die Außerkraftsetzung des Gesetzes vorbehalten; es ist durchaus folgerichtig, daß der Rat der Volksbeauftragten am 12. d. M. an seiner Stelle die Aufhebung ausgesprochen hat. Weiter muß ihm selbstverständlich in erster Linie die Befugnis zuerkannt werden, die selbstverständlichen Folgen der Revolution ausdrücklich festzustellen, also in Form einer Gesetzesverfügung auszusprechen, welche mit dem eingetretenen Zustand tatsächlich nicht mehr zu vereinbarenden Vorschriften durch die Revolution ohne weiteres außer Kraft getreten sind. In diesem Sinne ist es jedenfalls aufzufassen, daß der Rat der Volksbeauftragten in dem erwähnten Aufruf alle Beschränkungen der Vereins- und Versammlungsfreiheit sowie die Zensur und schließlich auch den „Belagerungszustand" (womit wohl zugleich das Gesetz über den Belagerungszustand gemeint ist) für nicht mehr in Kraft befindlich erklärt hat. Im übrigen dürfte aber die gesetzgebende Gewalt des Rates der Volksbeauftragten doch gewissen Beschränkungen unterliegen, einerseits insoweit, als er nur für solche Regelungen zuständig ist, die nicht ohne Gefahr bis zum Zusammentritt der gewählten Volksvertretung aufgeschoben werden können, anderseits insoweit, als sich jene Gewalt nicht auf Gegenstände erstreckt, die durch die Reichsverfassung oder Sondergesetze der Landesgesetzgebung der Bundesstaaten vorbehalten sind. Zwar kann das Reich grundsätzlich seine Kompetenz selbst bestimmen und also auch bisher der Landesgesetzgebung vorbehaltene Gegenstände an sich ziehen (sogen. Kompetenzkompetenz); es unterliegt aber starken Bedenken, ob eine solche Kompetenzerweiterung nicht über den Rahmen der im gegenwärtigen Schwebezustand zulässigen Dringlichkeitsmaßnahmen hinausgeht. So kann man gegen die verfügte Aufhebung der „Gesindeordnung" gewisse Bedenken nicht unterdrücken, denn es gibt keine Reichs-, sondern nur einzelstaatliche Gesindeordnungen, deren Aufhebung besser den Volksregierungen der Einzelstaaten vorbehalten bliebe, da sie durchaus nicht nur unsoziale, sondern vielfach den Interessen des dienenden Standes sehr förderliche Bestimmungen enthalten.

Jedenfalls ist festzuhalten: Die Ausübung des Gesetzgebungsrechts für das Reich durch den von Berliner A.- und S.-Rat ernannten Rat der Volksbeauftragten darf nur ein Notzustand während einer so kurz wie möglich zu bemessenden Schwebefrist sein; eine der dringlichsten Aufgaben der Neuordnung ist es, so bald als möglich eine vom ganzen Volke gewählte Volksvertretung im Reich und Einzelstaaten zu schaffen, damit ein verfassungsmäßig zur Gesetzgebung berufenes und mit voller aus dem Volkswillen entspringenden Machtfülle hierfür ausgestattetes Organ vorhanden ist.

(Anmerkung der Schriftleitung: Die in dem vorstehenden Aufsatze erhobenen Bedenken gegen die Aufhebung der Gesindeordnung lehnen wir rundweg ab. Der Verfasser wendet sich nur gegen die Aufhebung dieser Gesetze, weil sie nicht Reichs-, sondern Bundesstaatsgesetze sind. Das kann indes für die gegenwärtige Zentralgewalt kein Hindernis sein, derartige mittelalterliche Gesetze ohne weiteres zu beseitigen. Auch später wird die Nationalversammlung die Grundgesetze nicht nur für das Ganze, sondern auch für die Teile, die natürlich in erster Linie die persönliche Freiheit betreffen, zu schaffen haben. Was die gesetzgebende Gewalt später nach geordnetem Rechte zu tun hat, muß heute die Revolution aus eigener Kraft notwendig verfügen.)

Bekanntmachung.

Die Jagdnutzung des 8. gemeinschaftlichen, städtischen Jagdbezirks (etwa 65, 84, 18 Hektar Wiesen zwischen der Saale, der Passendorfer Aue und der Feldmark Gimritz, südlich von der Elisabethbrücke mit Ausnahme der Pulverweiden) für die Zeit vom 1. April 1919 bis zum 31. März 1925 beabsichtige ich öffentlich meistbietend zu verpachten.

Die Pachtbedingungen liegen vom 25. November bis einschließlich 8. Dezember 1918 im Bureau für Grundeigentum, Rathausstraße 19, Zimmer 46, öffentlich aus.

Jeder Jagdgenosse kann gegen die Art der Verpachtung und gegen die Pachtbedingungen während der Auslegungsfrist beim Bezirks-Ausschuß in Merseburg Einspruch erheben.

Halle, den 21. November 1918. **Der Jagdvorsteher.**

Bekanntmachung.

Der Bundesrat hat auf Grund des § 14 Nr. 1 des Münzgesetzes vom 1. Juni 1909 (Reichs-Gesetzbl. S. 507) und des § 3 des Gesetzes über die Ermächtigung des Bundesrats zu wirtschaftlichen Maßnahmen usw. vom 4. August 1914 (Reichsgesetzbl. S. 327) folgende Verordnung erlassen:

§ 1. Die Fünfundzwanzigpfennig-Stücke aus Nickel sind einzuziehen. Sie gelten vom 1. Oktober 1918 ab nicht mehr als gesetzliches Zahlungsmittel. Von diesem Zeitpunkt ab ist außer den mit der Einlösung beauftragten Kassen niemand verpflichtet, diese Münzen in Zahlung zu nehmen.

§ 2. Bis zum 1. Januar 1919 werden Fünfundzwanzigpfennig-Stücke aus Nickel bei den Reichs- und Landeskassen zu ihrem gesetzlichen Werte sowohl in Zahlung genommen als auch gegen Reichsbanknoten, Reichskassenscheine oder Darlehnskassenscheine und bei Beträgen unter einer Mark gegen Bargeld umgetauscht.

§ 3. Die Verpflichtung zur Annahme und zum Umtausch (§ 2) findet auf durchlöcherte und anders als durch den gewöhnlichen Umlauf im Gewichte verringerte sowie auf verfälschte Münzstücke keine Anwendung.

Berlin, den 1. August 1918. **Der Reichskanzler.**

Bekanntmachung.

Diejenigen Inhaber von Kleinhandelsgeschäften, welche Kundenlisten eingereicht haben, werden hierdurch aufgefordert, am Mittwoch, dem 27. und Donnerstag, dem 28. November 1918, bei den von ihnen gewählten Großfirmen die in dieser Woche zum Verkauf gelangenden **Suppen** abzuholen.

Bekanntmachung über Regelung des Verkaufs erfolgt später.

Halle, den 26. November 1918. **Der Magistrat.**

Bekanntmachung.

Infolge der durch die Gaseinschränkung verursachten Mehrarbeiten muß die Rechnungsausschreibung für Gasverbrauch im November insoweit unterbleiben, als die Verbrauchsmengen 200 kbm nicht erreichen. In diesen Fällen erfolgt die Berechnung der Verbrauchsmengen zusammen mit dem Dezemberverbrauch.

Die vereinbarten Vierteljahrszahlungen werden hierdurch nicht berührt.

Halle, den 25. November 1918.

Die Verwaltung der städtischen Gas- und Wasserwerke.

Bekanntmachung.

Straßenbeleuchtung.

Im Dezember 1918 brennen die Gaslaternen vom 1.—10. von 5 Uhr abends bis 7 Uhr früh, vom 11.—31. von 5 Uhr abends bis 7¼ Uhr früh.

Halle, den 22. November 1918. **Der Magistrat.**

Bekanntmachung.

Seitens einzelner Händler, darunter auch in offenen Verkaufsstellen, werden die Vorschriften über Höchstpreise, namentlich für Nahrungsmittel, mit der Begründung nicht mehr hinreichend beachtet, daß solche aufgehoben wären. Dies entspricht in keiner Weise den Tatsachen. Die festgesetzten Höchstpreise und die hierüber erlassenen Vorschriften, darunter auch die äußere Kennzeichnung der ersteren, haben nach wie vor ihre volle Gültigkeit.

Halle, den 23. November 1918.

Die Polizeiverwaltung.

Letzte Lokal- und Provinznachrichten.

Halle, 26. November 1918.

Zirkus Althoff veranstaltet am Dienstag eine Novitäten-Vorstellung, am Mittwoch zwei Vorstellungen.

Volksabend mit freier Aussprache. Der 4. Volksabend, der am Mittwoch, 27. November, 8½ Uhr in den Thaliasälen stattfinden wird, soll über die wichtigste Frage der sozialen Wohlfahrt, die Wohnungsfrage vor und während des Krieges, Aufklärung bringen. Den einleitenden Vortrag wird Herr Regierungsbaumeister a. D. Julius Kallmeyer halten. Der Zutritt ist für jedermann frei.

Städtischer Nahrungsmittelverkauf.

Rinderfett. Mittwoch, vormittags von 8—12 Uhr: Nr. 57 001 bis 57 500, nachmittags von 2—6 Uhr: Nr. 57 501—58 000 der Lebensmittelscheine. Jede Person 55 g für 25 Pf. in der Talamtschule. Gefäße sind mitzubringen.

Zwieback. Mittwoch, vormittags 8—12 Uhr: Nr. 8001—9500, nachmittags 2—6 Uhr: Nr. 9501—12000 der Lebensmittelscheine Jede Person ein Paket zum Preise von 42 Pfg.

Marmelade. Von Mittwoch an auf Marke 244 des Warenbezugscheins 18 jede Person ¼ Pfd. zum Preise von 1 M. pro Pfund. Zugelassen nur diejenigen welche in die Kundenliste eingetragen sind.

Kartoffeln. Für die Woche vom 2.—8. Dezember kommen auf Marke 24 der roten Kartoffelkarte 7 Pfund zur Verteilung. Der Verkauf beginnt Mittwoch, den 27. November und endet Dienstag, den 3. Dezember.

Butter. Von Donnerstag an für die Woche vom 25. November bis 1. Dezember 1918 werden 45 Gramm auf Abschnitt 48 der Fettkarte verteilt. Militärurlauber erhalten die Butter in der Talamtschule.

Quark. Mittwoch, auf Abschnitt 5 des Einkaufsscheins über Molkereierzeugnisse in den folgenden Stellen: John, Kleine Ulrichstraße 26, Harnisch, Schülers Hof 11 und in der Verstelle der Riemberger Molkerei, Rannische Straße 20/21 (8—12 Uhr). Zugelassen sind nur diejenigen, welche bei den Vorgenannten zur Kundenliste angemeldet sind. Jede Person ½ Pfd. für 55 Pfennig.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-17062977519181126-17/fragment/page=0003

Kurzwaren!

Haarnadeln Paket 10 ₰
Stahlstecknadeln mit buntem Kopf. . Brief 30 ₰
Nähnadeln . . Brief 10 ₰
Näh- u. Stopfnadeln sortiert . . . . . Brief 4 ₰
Hosenknöpfe zum Eindrücken. . Dutzend 25 ₰

Druckknöpfe garantiert rostfrei, weiß und schwarz . . Dutzend **35** ₰

Fingerhüte . . Stück 8 ₰
Bettlitzen krem und gelb . Meter 15 ₰
Rocktressen schwarz u. farbig Meter 60 ₰
Armblätter Prima . . . 3.95 3.50 2.75 ℳ
Rouleaux-Kordel 7 Meter-Stück 80 ₰
Wattier-Watte hell- u. dunkelgr. Taf. 1.25 1.15 ℳ
Stopfgarne Ia Seidengarn, schw., braun beige, grau, Kärtchen 2.45 95 ₰
Haubennetze in allen Farben Stück 1.45 ℳ
Stirnnetze . . Stück 1.45 ℳ
Fensterleder in gut. Qual. Stck. 12.75 9.75 ℳ

Stickerei-Taschentücher

Taschentücher mit gestickter Ecke und Hohlsaum . . Stück 1.45 ℳ
Taschentücher mit gestickter Ecke und Languette . . Stück 1.95 ℳ
Taschentücher ringsherum Languette und Stickerei . Stück 2.50 ℳ
Taschentücher in eleganter Ausführung . . . . Stück 2.95 ℳ
Taschentücher mit handgestickter Ecke 3 Stück im Karton 4.95 ℳ
Taschentücher echt Schweizer Stickerei 3 Stück im Karton 5.25 ℳ
Taschentücher reich gestickte elegan. Ausführung 3 Stck. im Kart. 6.95 ℳ

Kragen-Paspel weiß . . . 2 Mtr.-Stück 40 ₰
Kieler Knoten Stück 1.45 95 75 40 38 ₰
Strumpfhalter für Damen und Kinder Paar 1.85 1.62 1.35 1.25 ℳ

Wäscheknöpfe

Größe	16	18	20	22 lg.
Dutzend	22	25	28	30 ₰
Größe	24	26	28	30 lg.
Dutzend	33	35	37	40 ₰

Nahtband weiß . . . 10 Meter **75** ₰

Kragenstäbchen beiponnen . . . Dutzend 15 ₰
Teppichstifte 3 Dutzend im Karton 30 ₰
Reißstifte 3 Dutzend im Karton 20 ₰
Stopfpilze . . . 75 60 40 ₰
Marktbeutel-Ringe Ia . . . . . 30 ₰
Rock-Ansätze Atlas u. Seide, schwarz Stück 18.— 15.75 ℳ
Rock-Ansätze Leinenspitze, waschbar Stück 12.00 ℳ
Baumwollband weiß und schwarz, Meter 48 25 ₰
Schuhsenkel Pa 90 cm 100 cm 110 cm Ia.
25 33 85

Brummer & Benjamin

Große Ulrichstraße 22/23

Bekanntmachung.

Freibank-Verkauf.

Zum Freibank-Verkauf am 27. November 1918 werden die Inhaber folgender Nummern zugelassen:
Um 8 Uhr Nr. 951—1050, um 11 Uhr Nr. 1251—1350,
„ 9 „ „ 1051—1150, „ 12 „ „ 1351—1450,
„ 10 „ „ 1151—1250,

Halle, den 25. November 1918. Der Magistrat.

Aus dem Felde zurück!

Sprechstunden: 9—12, 3—5, Sonnabends 9—11 Uhr.

Zahnarzt Schreyer
Leipziger Straße 104.

Volksabend mit freier Aussprache.
4. Volksabend
Mittwoch, 27. November, 8½ Uhr abends
in den **Thaliasälen.** [1734
Eingeleitet durch den Vortrag des Herrn Regierungsbaumeister a. D. **Julius Kalmeyer** über:
Die Wohnungsfrage vor und während des Krieges.
Der Zutritt ist für jedermann frei.

Nur kurze Zeit!
Zirkus Althoff
Halle a. S.
im Saal des Wintergartens
Magdeburger Straße.
Dienstag, 26. November, abends 8 Uhr
Novitäten-Vorstellung.
Mittwoch, 27. November
2 finden große Vorstellungen statt. 2
4 Uhr 5 Uhr
Zu den Nachmittagsvorstellungen zahlen Kinder und Militär halbe Preise.
Vorverkauf und Preise der Plätze siehe Anschlagsäulen und Plakate. [1733

Aufruf.

Von

Emil Abderhalden.

Der gewaltige Umschwung, der sich in der letzten Zeit vollzogen hat, fordert in weitesten Kreisen eine vollständige Neuorientierung. Eines steht fest: **Wir müssen uns einmütig auf den Boden der unabänderlichen Tatsachen stellen und auf der gegebenen Grundlage neu aufbauen.** Dazu sind alle Kräfte notwendig. Tausende hatten nach der Neugestaltung der Dinge nur den einen Wunsch, nämlich auf Grund der neuen Lage einheitlich geführt zu werden. Die alten Parteien sind dazu nicht imstande. Auch sie müssen umlernen und der Zeit voll Rechnung tragen. Mit großer Freude wurde es begrüßt, als in Berlin und anderen Städten die Gründung einer

deutschen demokratischen Partei

in Aussicht gestellt wurde, die in sich alle Deutschen vereinigen sollte, die auf dem Boden einer rein demokratischen Staatsverfassung stehen. Das allgemein bekannte Programm dieser einigenden Partei gilt es in allen Orten von Deutschland zu stützen.

Ueberall da, wo es zur Zeit unmöglich ist, die alten Parteien zu einigen, **sollen Einzeichnungsstellen gegründet werden, die Anmeldungen von solchen Männern und Frauen entgegennehmen, die auf dem Boden der demokratischen Staatsverfassung stehen, jedoch sich einer alten Partei nicht anzuschließen vermögen.** Durch die Anmeldung soll nur zum Ausdruck gebracht werden, daß die betreffenden Persönlichkeiten Mitglieder der deutschen demokratischen Partei zu werden wünschen – der gleichen Partei, die in anderen Orten durch Vereinigung bestehender Parteien schon gebildet ist. Sobald die hiesigen alten Parteien in der deutschen demokratischen Partei aufgehen, schließen sich die bei den Einzeichnungsstellen Eingetragenen ohne weiteres dieser Einheitspartei an. **Es liegt somit keine Neugründung vor.**

Anmeldungen werden auf der **Geschäftsstelle des Bundes zur Erhaltung und Mehrung der deutschen Volkskraft** entgegengenommen. Hier sind auch Einzeichnungslisten zu beziehen. Weitere Einzeichnungsstellen werden noch bekanntgegeben. Freiwillige Hilfskräfte sind dringend erwünscht.

Erdarbeiter

für Abraumbetrieb

finden dauernde Beschäftigung.

Elektrowerk A.-G.

Grube Golpa. Post Zschornewitz, Bezirk Halle.
Bahnstation Burgkemnitz.

Stadt-Theater
Mittwoch, den 27. November
An: 7,30 Uhr. Ende vor 11 Uhr
Die versunkene Glocke
Oper von Zöllner.
Donnerstag: Stradella.

Stempel
aller Arten, [1730
Petschafte, Farbekissen usw., liefert schnell und billig
Alfred Pfautsch,
Stempelfabrik,
Nikolaistr. 6. Fernruf 3668.

50 Kesselschmiede
für sofort gesucht. [1736
Städtisches Arbeitsamt
Abteilung für Facharbeit, Pfalzgrafenstraße 2, Erdgesch.

Maurer und Bauarbeiter
gesucht.
Schoenemann & Schwarz - Turmstraße 3 5

Tüchtige, selbständig arbeitende
Elektromonteure, Schmiede, Maschinisten und Schlosser
sucht zu sofortigem Eintritt [1737
Grube Elise II,
Mücheln b. Merseburg.

Preiswerte
Mützen
für Herren und Knaben
Schüler- u. Soldaten-Mützen [1471
in großer Auswahl
Kaufhaus H. Elkan
Leipziger Str. 87

Nach einer Verfügung des Reichsmarineamtes vom 13. 11. 18 kann nunmehr
Teer
ohne Beschränkung an Handwerker, Beschäftigungsgeschäfte und private Verbraucher, sowie zu Straßen- u. Schiffsteerungen u. sonstigen Anstreichzwecken abgegeben werden.
Halle, den 19. 11. 1918. [1724
Die Verwaltung der städt. Gas- u. Wasserwerke

Stadtbad.
Haut- und Haarpflege-Räume, „Fara"-Haarkuren erfolgsich, Kopfwäsche, „Fara"-Massagen, Haarentfettungskur, Kräuter-Behandlung. Gesichts-Kräuter-Dampfbäder, unsichtbare Hautschälkur gibt Jugendfrische, behebt Erschlaffungen, Beseitigung von Mitessern, Eiles, fettb., grobporig., spröd. Haut, Sommersprossen, Gesichts-, Nasenröte, Leberfleck., Warzen, Damenbärte schmerz- u. narbenl., Hand- u. Fußpflege. – Tel. 843. [1674

Wahrer Jakob
Nr. 24 zu haben in der Buchhandlung der Volksstimme

Die Glocke
Sozialistisch. Wochenschau
Heft 30 Pf., im Abonnement vierteljährlich 3.50 M., empfiehlt die
Buchdlg. Volksstimme,
Halle, Gr. Ulrichstr. 27.

Händler
Den höchsten Verdienst erzielen Sie durch den Verkauf meiner vorzüglichen
Pelzeinlegesohle
Generalvertrieb durch P. Altmeyer, Steinweg 27, III
Marktreisende [1722

Schuhe und Stiefel
werden besohlt und repariert [900
Burgstraße 48, p. r.

Schuhe
werden mit Lederstücken und Lederriemen besohlt und repariert. [1100
Hoffmann, Schützenstr. 20.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-17062977519181126-17/fragment/page=0004

Beilage zur Volksstimme.

Nr. 274. Halle, Dienstag den 26. November 1918. 2. Jahrgang.

Halle und Saalkreis.

Halle, 26. November 1918.

Die Gewerkschaften zur Demobilmachung.

Die Uebergangswirtschaft wird mit vielen Härten für die Arbeiter verbunden sein. Die Gewerkschaften, deren Aufgaben in der Wahrung der wirtschaftlichen Interessen der arbeitenden Bevölkerung bestehen, sind deshalb dazu berufen, sich der Regelung der einschlägigen Fragen bald und eingehend anzunehmen.

Zu diesem Zwecke veranstaltete das Gewerkschaftskartell Halle in den letzten Tagen eine Besprechung der Vorsitzenden der einzelnen Gewerkschaften, an der auch einige Vertreter des Arbeiterrates teilnahmen. Auf Grund einer Bundesratsverordnung hat der Magistrat der Stadt Halle einen Demobilmachungsausschuß eingesetzt, dem drei Mitglieder des Arbeiterrates und einige Vertreter der freien Gewerkschaften angehören.

Die lebhafte Aussprache, an der sich die Gewerkschaftsgenossen Chemnitz, Voß, Strehler, Kleeis, Willschieck, Emmer, Garbe usw. beteiligten, stellte folgende Richtlinien auf: Die gewerkschaftlichen Aufgaben sollen auch gegenwärtig und in Zukunft zwischen den Arbeitgebern bzw. ihren Organisationen und den Gewerkschaften geregelt werden. Hierzu gehören alle Fragen, die im und für das Arbeitsverhältnis von den Unternehmern oder den Arbeitern aufgerollt werden. Der Arbeiter- und Soldatenrat verweist die Parteien, die ihn anrufen, in solchen Fällen, in denen zwischen den Unternehmer- und Arbeiterorganisationen der Vereinbarungsversuch nicht unternommen worden und nicht als gescheitert zu betrachten ist, den erwähnten beiderseitigen Verbänden. Alle Forderungen, die von den Arbeitern bei den einzelnen Firmen oder in Orten und Bezirken an die Vereinigungen der Arbeitgeber gerichtet werden sollen, müssen von und mit den zuständigen Gewerkschaften vorbereitet werden. Die Zustimmung dieser ist zur Vorbringung der Forderungen an die Unternehmer unerläßlich. **Diese Grundsätze sind von dem Arbeiter- und Soldatenrat ausdrücklich anerkannt worden.**

Die Sitzung der Gewerkschaftsvorstände beschloß, daß sich die einzelnen Gewerkschaften **sofort mit den zuständigen Arbeitgeber- und Unternehmerorganisationen** über die **nötigen Maßnahmen in der Uebergangszeit verständigen.** Es ist darauf hinzuwirken, daß die zurückkehrenden Kriegsteilnehmer möglichst ihren alten Arbeitsplatz wieder einnehmen und überhaupt die Einstellung von Arbeitsräften vermeidet wird. Die Entlassungen von (weiblichen) Hilfskräften ist möglichst einzuschränken. Weiter sind Abmachungen über eine Verkürzung der Arbeitszeit und eine zeitgemäße Entlohnung herbeizuführen. Die Arbeitsvermittlung ist im Sinne kommunaler paritätischer Einrichtungen auszugestalten und das Einigungs- und Schlichtungswesen zu verbessern.

Von einigen der anwesenden Gewerkschaftsvertretern wurde bereits über solche Verständigungen berichtet, so von den Steinsetzern, Maschinisten und Heizern, Glasern, Dachdeckern usw. Es wurde beschlossen, daß die einzelnen Gewerkschaften dem Kartellvorstand über alle etwa von den Arbeitgebern bereiteten Schwierigkeiten berichten sollen.

Sitzung des Soldatenrats vom 24. November.

Die gestrige Sitzung des Soldatenrates begann mit einem Bericht des Kameraden Adamsky über die in Magdeburg gepflogenen Verhandlungen zwecks **Bildung eines Soldatenrates des 4. Armeekorps,** an denen er mit Kamerad Kosterlitz als Delegierter des hiesigen Soldatenrats teilgenommen hat. Er berührte dabei auch einige Wahrnehmungen über die Revolutionsbewegung in Magdeburg, stellte Vergleiche an mit Halle, die zugunsten für unsere Garnison ausfielen. Diesen besseren Erfolg führte er auf die straffere Organisation und auf das Unterlassen von Gefangenenbefreiungen zurück. Die Beratungen in Magdeburg hätten zur Errichtung eines Exekutivausschusses des Soldatenrates geführt, der aus 34 Delegierten bestehe. Ein engerer Ausschuß habe sich dann noch in der Siebenerkommission gebildet, in denen aus Halle Adamsky gewählt worden sei. Der beschließende Exekutivausschuß tage wöchentlich dreimal. Es sei auch eine Dienstanweisung festgesetzt worden, dessen Bestimmungen der Referent bekanntgibt und die in Halle zum größten Teil schon vorher zur Durchführung gekommen sind. Daraus seien hier nur folgende erwähnt: Offizieren u. Mannschaften ist außerdienstlich das Tragen von Zivilkleidung gestattet. Soldaten müssen auf der Straße unbewaffnet sein. Außerdienstlich kein Grußzwang. Im Dienst ist der Gehorsam aufrechtzuerhalten. Bei jeder Kompagnie sind 3 Vertrauensleute einzusetzt. Bei jedem Bataillon wird neben den Kommandeur eine Vertrauensperson gestellt. Jede Kompagnie wählt sich ihren Führer selbst. Das Strafverfahren gegen Verbrecher bleibt vorläufig weiterbestehen, jedoch im Einvernehmen mit dem Soldatenrat. — Weiter berichtet der Referent über die **Verhandlungen zur Löhnungsfrage,** wozu Kamerad Kosterlitz dann noch einige ergänzende Mitteilungen macht. Danach sollen erhalten die Mannschaften neben der monatlichen Grundlöhnung von 30 M. eine tägliche Zulage von 3 M. Schwerstarbeiter (Schlächter, Küchenbedienstete usw.) eine Zulage von 4 M., Sicherheitstruppen eine solche von 5 M. Die Soldatenratsmitglieder erhalten einen Zuschuß von 10 M., die Mitglieder des engeren Rats einen solchen von 20 M., wovon aber die Löhnung in Abzug gebracht wird. Festgelegt sollen diese Sätze erst in der Sitzung am nächsten Mittwoch werden. Kamerad Kosterlitz fügt noch hinzu, daß diese Bestimmung rückwirkend bis 11. November sein soll. Weil es an Kleingeld mangele, gebe die Zentralbank zum Teil auch Schecks. Die Gemeinde sei verpflichtet, die zu anzunehmen und dafür Notgeld auszuhändigen. Auf Antrage wurde vom Vorsitzenden dahin noch Aufschluß gegeben, daß die Familien der verhafteten Mannschaften die Unterstützung weiterbezögen.

Sodann berichtet der Führer der Pferdeverkaufs-Kontrollkommission über seine Wahrnehmungen bei der am Sonnabend stattgefundenen Versteigerung von Militärpferden der 7. Reserve-Division. Es sei beobachtet worden, wie Unteroffiziere und Wachtmeister den Leuten nahelegten, nicht so hohe Gebote abzugeben, auch sei der Zuschlag manchmal zu früh erteilt worden. Diesem Uebelstand sei abgeholfen. Für 100 Pferde seien insgesamt 125 000 M. erzielt worden. In Zukunft wolle die Kontrollkommission aber auch die Kontrolle über die zu einem Tagwerke an die Landwirtschaftskammer abgegebenen Pferde ausüben. Der festgelegte Grundsatz, daß Händler von der Auktion ausgeschlossen sind, müsse streng durchgeführt werden.

Beim letzten Punkt der Tagesordnung **„Ausstellung neuer Legitimationskarten"** wird unter Hinweis auf die Berliner Verhältnisse nahegelegt, daß bei der Wahl der Vertrauensleute die größte Vorsicht obwalten müsse. Unsichere Elemente müßten ferngehalten werden. Die Gabe, gut reden zu können, sei noch keine Gewähr für die Brauchbarkeit des Betreffenden für den Vertrauensposten. Wir wußten, daß die feindlichen Regierungen es ablehnten, mit der **Spartakusgruppe** zu **verhandeln.** Die Soldaten müßten Besetzung des Militärismus, aber auch baldigen Abschluß des Friedens. Die Feinde mußten erkennen, was wir wollten, daß wir Ruhe und Frieden erstreben. **Der Einfluß des extremen Berliner Soldaten- und Arbeiterrates** auf die Regierung, die nicht nur das Mißtrauen der feindlichen Regierungen hervorgerufen, sondern auch die Mißstimmung zwischen Nord- und Süddeutschland gezeitigt, müsse beseitigt werden. Man müsse deshalb Provinzial-Soldaten- und Arbeiterräte schaffen, die ihren Einfluß auf die Regierung in gleichem Maße zur Geltung brächten. Nur so komme man zu einem Frieden.

Es kam dann ein Telegramm vom Soldatenrat Magdeburg zur Verlesung, in welchem um Entsendung von Delegierten zu einer am Dienstag im Oberpräsidium stattfindenden Besprechung gebeten wird. Es werden dafür die Kameraden Ferdinand und Weidecke bestimmt. Man rechnet aber damit, daß [illegible] nicht auf die Schaffung einer Nebenregierung hinausgeht. Es kam dann noch u. a. folgende unangenehme Wahrnehmung zur Sprache. **Durch die Rückkehr der Soldaten und versprochene Wiedereinstellung der früheren Angestellten und Arbeiter werden eine Anzahl Kriegsbeschädigte, die dort beschäftigt waren, wieder brot- und stellenlos.** Es sei dringend erforderlich, daß sich der Arbeiterrat mit dieser Angelegenheit befasse.

Gegen Krankheiten und Seuchen.

Bei der gewaltigen Wanderung, als die sich naturgemäß die Demobilmachung unseres Heeres jetzt darstellt, muß von vornherein die Gefahr entgegengetreten werden, daß etwa ansteckende Krankheiten und Seuchen sich in unserem Volke verbreiten. Das neu eingerichtete Demobilmachungsamt hat deshalb angeordnet, daß sämtliche Angehörige des Heeres und der Marine vor ihrer Entlassung ärztlich zu untersuchen sind. Soweit das Vorhandensein von Ungeziefer festgestellt wird, ist sofort eine Entlausung vorzunehmen. Bei übertragbaren Krankheiten, insbesondere Geschlechtskrankheiten, findet eine besondere ärztliche Behandlung statt. Die Behandlung und Verpflegung der Kranken erfolgt unentgeltlich. Die Familienunterstützungen werden ebenso wie die militärischen Bezüge der Kranken während der Lazarettbehandlung weiter gezahlt.

Achtung! Kameraden, sorgt für Sauberkeit! Bade! Laßt Euch entlausen! Schleppt keine Krankheiten in die Heimat! Benutzt die Entlausungsanstalt am Bahnhof, Ausgang Diebrampe, sie ist Tag und Nacht geöffnet.

Die Sanitätskommission des Soldatenrats der Stadt Halle.

* **Vorläufig keine Wahlen für kommunale Körperschaften.** Die preußische Regierung hat unter dem 18. November folgendes angeordnet: Ergänzungs- und Ersatzwahlen zu den Gemeindevertretungen, Stadtverordnetenversammlungen, Kreistagen, Provinziallandtagen und Vertretungen der Zweckverbände finden bis zu der bevorstehenden gesetzlichen Regelung des kommunalen Wahlrechts nicht statt. Die Wahlzeit für diejenigen Vertreter, für die eine Ergänzungswahl nötig gewesen wäre, wird bis zu der nach der neuen gesetzlichen Regelung erfolgten Wahl verlängert. Dr. Breitscheid. Hirsch.

* **Vorträge des Bundes** zur Erhaltung und Mehrung der deutschen Volkskraft. Donnerstag, den 28. November, spricht Herr Bauer, Direktor der Provinzial-Blindenanstalt in Halle, über das außerordentlich zeitgemäße Thema: Blinden- und Kriegsblindenfürsorge in der Provinz Sachsen. Der Vortrag bedarf keiner besonderen Empfehlung. Er findet 8½ Uhr abends im Auditorium maximum der Universität statt.

* **Die Höchstpreise bestehen noch immer.** Von einzelnen Händlern, darunter auch in offenen Verkaufsstellen, werden die Vorschriften über Höchstpreise, namentlich für Nahrungsmittel, mit der Begründung nicht mehr hinreichend beachtet, daß solche aufgehoben wären. Dies entspricht in keiner Weise den Tatsachen. Die festgesetzten Höchstpreise und die hierüber erlassenen Vorschriften, darunter auch die äußere Kennzeichnung der ersteren, haben nach wie vor ihre volle Gültigkeit.

* **Notgeld.** Wegen des zur Zeit herrschenden Mangels an Geldwertzeichen sind wir gezwungen, Gutscheine (Notgeld) auszugeben. Es werden 20- und 50-M.-Scheine zur Ausgabe gelangen, die bis zum 20. Mai 1919 von den Eisenbahnkassen des Direktionsbezirks Halle (Saale) gegen Reichsgeld wieder eingelöst werden. Die Gutscheine sind zur Zahlung der Bezüge der Beamten, Hilfsbeamten und Arbeiter der eigenen Verwaltung bestimmt. Sie werden von den Eisenbahnkassen, insbesondere auch an den Fahrkartenschaltern des Direktionsbezirks Halle (Saale) in Zahlung genommen. Wenn auch niemand zur Annahme der Gutscheine verpflichtet ist, so darf doch erwartet werden, daß die Geschäftsleute und das übrige Publikum diese Scheine von den Beamten und Arbeitern gern annehmen werden, da sie dieselbe Sicherheit gewähren wie das Notgeld der Städte usw. und dazu beitragen, einem Notstande abzuhelfen.

* **Auch die Krankenpfleger und Krankenschwestern** werden von dem Geist der neuen Zeit berührt und wollen sich organisieren. In den letzten Tagen hielt das gesamte männliche und weibliche Personal der Landesheilanstalt Nietleben eine Versammlung im Festsaal der Anstalt ab, um zu Berufsfragen Stellung zu nehmen. Arbeitersekretär Kleeis hielt einen kurzen Vortrag über die Aufgaben gewerkschaftlicher Organisation. Im Anschluß daran wurde ein Ausschuß gewählt, welcher die weiteren Schritte unternehmen soll. Empfohlen wurde der Beitritt zum Verbande der Hausangestellten. Von dem Personal der Heilanstalt Alt-Scherbitz liegt ein Schreiben vor, nach dem auch dieses sich mit der Frage des Anschlusses an eine gewerkschaftliche Organisation beschäftigt hat.

* **Konzert beliebter Hallischer Bühnenkünstler** am Dienstag, dem 3. Dezember in den Thaliasälen. Zu diesem Konzert haben ihre Mitwirkung zugesagt Fräulein Meta Tauchn und die Herren Ernesti und Westernbogen. Die Klavierbegleitung hat Herr Kapellmeister Braun übernommen. Karten sind schon jetzt in der Hofmusikalienhandlung von Heinrich Hothan zu haben.

Theater, Sehenswürdigkeiten usw.

Stadttheater. Heute, Dienstag, den 26. wird der lustige Schwank „Familie Schimek" zum letztenmal wiederholt. Mittwoch, den 27. „Die versunkene Glocke", Oper von Zöllner, mit Anna Enghardt und Julius Neudörffer in den Hauptpar-

Zwischen Himmel und Erde.

56] Roman von Otto Ludwig.

Der Bauherr sah Apollonius erbleichen, seine Gestalt noch tiefer in sich zusammensinken, als seither. „Wo ist der Nettenmair?" rief es wieder draußen. Da schlug eine dunkle Röte über seine bleichen Wangen und seine schlanke Gestalt richtete sich hoch auf. Er knöpfte sich rasch ein, zog den Riemen seiner Mütze fest unter dem Kinn. „Bleib ich," sagte er zu dem Bauherrn, indem er sich zum Gehen wandte, „so denkt an meinen Vater, an meines Bruders Weib und seine Kinder". Der Bauherr war betroffen. Das „Bleib ich" des jungen Mannes klang wie: „Ich werde bleiben,. Eine Ahnung kam dem Freunde, hier sei etwas, was mit dem Seelenheil Apollonius zusammenhänge. Aber der Ausdruck seines Gesichtes hatte nichts mehr von dem Leiden; er war weder ängstlich noch wild. Durch Sorge und Schrecken hindurch fühlte der wackere Mann etwas wie freudige Hoffnung. Es war der alte Apollonius wieder, der vor ihm stand. Das war ganz die ruhige, bescheidene Entschlossenheit wieder, die ihn beim ersten Anblick dem jungen Mann gewonnen hatte. „Wenn er so bliebe!" dachte der Bauherr. Er hatte nicht Zeit, etwas zu erwidern. Er drückte ihm die Hand. Apollonius empfand alles, was der Händedruck sagen wollte. Wie ein Mitleid zog es über sein Gesicht hin mit dem wackern Alten, wie Mißbilligung, daß er dem braven Alten Schmerz gemacht, und ihm noch mehr Schmerz machen wollen. Er sagte mit seinem alten Lächeln: „Auf solche Fälle bin ich immer bereit. Aber es gilt Eile. Auf frohes Wiedersehen!" Der schnellere Apollonius war dem Bauherrn bald aus den Augen. Auf dem ganzen Wege nach Sankt Georg, unter dem Geschrei, den Hörnern und Trommeln, Sturm und Donner, sagte der Bauherr immer vor sich hin: „Entweder sehe ich den braven Jungen nie wieder, oder er ist gesund, wenn ich ihn wiedersehe". Er legte sich nicht Rechenschaft ab, wie er zu dieser Ueberzeugung kam. Hätt ers auch sonst gekonnt, es war nicht Zeit dazu. Seine Pflicht als Ratsbauherr verlangte den ganzen Mann.

Der Ruf: „Nettenmair! Wo ist der Nettenmair?" tönte dem Gerufenen auf seinem Wege nach Sankt Georg entgegen und klang hinter ihm her. Das Vertrauen seiner Mitbürger weckte das Gefühl seines Wertes wieder ihm auf. Als er, aus der Fremde zurückkehrend, die Heimatsstadt vor sich liegen sah, hatte er sich ihr und ihrem Dienste gelobt. Nun durfte es sich zeigen, wie ernst gemeint sein Gelübde war. Er übersann in Gedanken die möglichen Gestalten der Gefahr, und wie er ihnen begegnen könnte. Eine Spritze stand bereit im Dachgebälk, Tücher lagen dabei, um damit, in Wasser getaucht, die gefährdeten Stellen zu schützen. Der Geselle war angewiesen, heißes Wasser bereit zu halten. Das Gebälk war überall durch Leitern verbunden. Zum erstenmal seit seiner Heimkunft von Brambach war er wieder mit ganzer Seele bei einem Werke. Vor der wirklichen Not und ihren Anforderungen traten die Gebilde seines Brütens wie verschwimmende Schatten zurück. Die ganze alte Wirkungsfreudigkeit und Spannkraft war wieder herausgerufen, das Gefühl der Erleichterung erhöhte sie noch. Mit Gedanken kann man Gedanken widerlegen, gegen Gefühle sind sie eine schwache Waffe. Vergebens sah sein Geist den rettenden Weg; er war in der allgemeinen Erschlaffung mit erkrankt. Jetzt war ein stärkeres gesundes Gefühl gegen die starken kranken Gefühle aufgeglüht und hatte sie in seiner Flamme verzehrt. Er wußte, ohne besonders daran zu denken, er hatte den rettenden Entschluß gefunden, und dieser war die Quelle seines erneuten Daseins. Er wußte, er wird nicht schwindeln, und blieb er doch, so fiel er seiner Pflicht zum Opfer und keiner Schuld, und Gott und die Dankbarkeit der Stadt traten statt seiner in das Gelübde für die Seinen ein.

Der Platz um Sankt Georg war mit Menschen angefüllt, die alle voll Angst nach dem Turmdache hinauf sahen. Der ungeheure alte Bau stand wie ein Fels in dem Kampf, den Blitzeshelle mit der alten Nacht unermüdlich um ihn kämpfte. Jetzt umschlangen ihn tausend hastige glühende Arme mit solcher Macht, daß er selber aufzuglühen schien unter ihrer Glut; wie eine Brandung ließ an ihm hinauf und stürzte gebrochen zurück, dann schlug die dunkle Flut der Nacht wieder über ihm zusammen. Ebenso oft tauchte die Menge aneinander gedrängter bleicher Gesichter auf um seinen Fuß und sank wieder ins Dunkel zurück. Der Sturm riß die Stehenden an Hüten und Mänteln und schlug mit eigenen und fremden Haaren und Kleiderzipfeln nach ihnen, und warf sie mit seinem Schneegerieselt, das in dem Schein der Blitze wie glühender Funkenregen an ihnen herniederstäubte, als wollte er sies blitzen lassen, daß er vergeblich an den steinernen Rippen sich wund stieß. Und wie die Menschen bald erschienen, bald verschwanden, so wurde ihr verwirrtes Durcheinanderreden immer wieder vom Sturm und vom Donner überbraust und überrollt.

Da rief einer, sich selbst tröstend: „es ist ein kalter Schlag gewesen. Man sieht ja nichts." Ein anderer meinte, die Flamme von dem Schlag könne noch ausbrechen. Ein dritter wurde zornig; er nahm den Einwand wie einen Wunsch, der Schlag möge nicht ein kalter gewesen sein, und die Flamme noch ausbrechen. Er hatte sich schon getröstet, und rächte sich für die Unruhe, die der Einwand wieder neu in ihm erregte. Viele sahen, vor Angst und Kälte zitternd, mit den geblendeten Augen stumpf in die Höhe, und wußten nicht mehr, warum. Hundert Stimmen setzten dagegen auseinander, welches Unglück die Stadt betreffen könne, ja betreffen müsse, wenn der Schlag kein kalter war. Einer sprach von der Natur der Schiefer, wie sie im Brande schmelzen und als brennende Schlacken straßenweit durch die Luft fliegend schon oft einen beginnenden Brand im Augenblick über eine ganze Stadt verbreitet haben. Andere klagten, wie der Sturm einen möglichen Brand begünstige, und daß kein Wasser zum Löschen vorhanden sei. Noch andere: und wäre welches vorhanden, so würde es vor der Kälte in den Spritzen und Schläuchen gefrieren. Die meisten stellten in angstvoller Beredsamkeit den Gang dar, den der Brand nehmen würde. Stürzte das brennende Dachgebälk, so trieb es der Sturm dahin, wo eine dichte Häusermasse fast an den Turm stieß. Hier war die feuergefährlichste Stelle der ganzen Stadt. Zahllose hölzerne Emporlauben in engen Höfen, bretterne Dachgiebel, schindelgedeckte Schuppen, alles so zusammengepreßt, daß nirgends eine Spritze hineinzubringen, nirgends eine Löschmannschaft mit Erfolg anzustellen war. Stürzte das brennende Dachgebälke, wie nicht anders möglich war, nach dieser Seite, so war das ganze Stadtviertel, das vor dem Winde lag, bei dem Sturm und Wassermangel unrettbar verloren. Diese Auseinandersetzungen brachten Aengstlichere so aus der Fassung, daß jeder neue Blitz ihnen als die ausbrechende Flamme erschien. Daß jeder nur eine Seite der Turmdachfläche übersehen konnte, begünstigte die Fortpflanzung des Irrtums. Es war wunderlich, aber man hörte nur von allen Seiten zugleich das Geschrei: „Wo? Wo?" Sturm und Donner verhinderten die Verständigung. Jeder wollte selbst sehen; so entstand ein wildes Gedränge.

(Fortsetzung folgt.)

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-17062977519181126-17/fragment/page=0005

lien. Donnerstag, den 28. „Stradella", Freitag, den 29. Erstaufführung „Die vorsichtige Jungfrau", ein gotisches Lustspiel von Walter Harlan. Sonnabend, den 30. 6¾ Uhr „Lohengrin", Sonntag nachmittag Fremdenvorstellung zu ermäßigten Preisen „Hoffmanns Erzählungen", abends 7½ Uhr „Die Rose von Stambul".

Aus der Provinz.

An die Parteigenossen im Bezirk.

Die große Umwälzung in Deutschland hat die ganze Bevölkerung mit lebhaftem politischen Interesse erfüllt. Da ist es leichter als sonst möglich, neue Mitglieder für die Parteiorganisation zu gewinnen. Jeder Genosse benutze daher die vielfachen Gelegenheiten, um neue Anhänger und Mitglieder zu werben.

Mit Parteigruß.

Der Bezirksvorstand der sozialdemokratischen Partei im Regierungsbezirk Merseburg.

J. A.: R. Drescher, Halle a. S., Harz 42/44.

An die A.- u. S.-Räte des Kreises Merseburg.

Der Arbeiter- und Soldatenrat Merseburg hat in seiner letzten Sitzung beschlossen, eine Organisation der Arbeiter- und Soldatenräte im Kreise Merseburg zu schaffen, um nach einheitlichen Grundsätzen zu handeln.

Aus diesem Anlaß bitten wir alle im Kreise Merseburg gewählten Vorsitzenden, die Adressen nach dem Unterzeichneten gelangen zu lassen, um die späteren Instruktionen übersenden zu können.

Der Arbeiter- und Soldatenrat Merseburg.

H. Thieme. Paul Lange.

Merseburg. Felddiebstähle. Lebhafte Klage wird von den Landwirten über Felddiebstähle geführt, die sich jetzt besonders häufen. Es werden nicht nur kleinere Mengen gestohlen, sondern zentnerweise werden die noch auf dem Felde befindlichen Früchte weggeschleppt. So wird uns mitgeteilt, daß in den letzten Nächten einem hiesigen Landwirt von einem Feldplane an der Lauchstedter Straße zirka 50 Zentner und einem Landwirt von einem Felde in der Aue über 200 Zentner Zuckerrüben gestohlen wurden. Auch Möhren sind ein beliebtes Diebesgut. Im Interesse der Allgemeinheit dürfte es ratsam sein, der Bewachung der Felder erhöhte Aufmerksamkeit zu widmen.

— Ein tobsüchtiger Soldat, der in dieser Nacht aus dem Reservelazarett Erholung entsprunken war, verübte in nachtem Zustande auf dem Markte verschiedene Zerstörungen und verletzte sich dabei durch Einschlagen von Fensterscheiben ganz furchtbar, bis er schließlich durch alarmierte Soldaten und Polizeisergeanten wieder ergriffen und in sichere Obhut gebracht werden konnte.

Merseburg. Selbstmord verübte in der Nacht zum Donnerstag ein Dienstmädchen von der Waterloobrücke aus. Passanten fanden dort Jackett und Schuhe. Hierzu wird uns mitgeteilt, daß seit dieser Zeit das Dienstmädchen Minna Grünke aus Unterkriegstedt bei Lauchstedt vermißt wird, das sich hier in Diensten befand. Das 18 Jahre alte Mädchen war krank und hatte schon öfters zum Ausdruck gebracht, daß es sich selbst das Leben nehmen wollte. Ueber die Auffindung der Leiche wolle man die Polizeiverwaltung in Kenntnis setzen.

— Ein wertvoller Nerzpelz ist dieser Tage aus dem Laden des Kürschnermeisters Städler hier, Burgstraße, gestohlen worden. Der Gestohlene setzt auf die Ermittelung des Täters eine hohe Belohnung aus.

Weißenfels. Billige Gänse. Als eine Folge des bevorstehenden Friedensschlusses ist es anzusehen, wenn die Preise für Gänse in den letzten Tagen erheblich zurückgegangen sind. Im Oderbruch, wo die Gänsezucht im großen betrieben wird, ist der Preis für das Pfund Schlachtgewicht um nahezu 50 Proz. gesunken. Auch aus anderen Gegenden berichten die Tageblätter von niedrigen Gänsepreisen, die darauf zurückzuführen sein sollen, daß von Polen aus große Mengen geschlachteter Gänse auf den Markt geworfen werden. Die Tiere wurden bisher zurückgehalten, um hohe Preise später zu erzielen.

— Kartoffelversorgung. Die regelmäßige Versorgung der Verbraucher, die ihren Bedarf im einzelnen beziehen, wird durch das bevorstehende Frostwetter vermutlich in Frage gestellt werden. Es erscheint daher unter allen Umständen notwendig, daß die Verbraucher jetzt schon ihren Vorrat für mindestens 6 Wochen auf einmal entnehmen. Die städtischen Kartoffelverkaufsstellen sind angewiesen, nur in wirklich dringenden Fällen kürzere Fristen zu berücksichtigen.

— Die Milchkartenausgabe für Frauen und Kinder findet am 25., 26. und 27., für Kranke am 28. und 29. November in der Zeit von 8 bis 1 Uhr im Fettbureau Marienstraße 12 statt. Milchkarten, welche an diesen Tagen nicht abgeholt sind, werden ist am 3. Dezember ausgegeben.

Schkölen. Eine Volksversammlung, wie sie unser Städtchen wohl kaum jemals gesehen hat, fand sich am Sonntage im hiesigen Ratskellersaale zusammen, um den Vortrag des Abgeordneten unseres Kreises, des Gen. Ad. Thiele, zu hören. Männer und Frauen aller Berufe und Klassen waren vertreten. Aus mehrstündigem Umfreise waren auch Landwirte erschienen. Redner sprach über Monarchie, Republik und Sozialismus. Mit rückhaltloser Schärfe geißelte er die Zustände in dem durch die Revolution zertrümmerten monarchischen Obrigkeitsstaat, in welchem den Herrschenden alle Macht, alles Recht, alle Freiheit in die Hand gelegt war und alle Pflichten, alle Lasten vom gefesselten Volke getragen werden mußten. Durch die Revolution der Soldaten und Arbeiter ist die Republik geschaffen worden, und sie wird dauernd sein, obwohl unter den revolutionären Kräften zur Zeit noch keine volle Einigkeit besteht über die zunächst anzustrebende Entwicklung. Die Republik hat bereits viele Trutzburgen des monarchischen Systems gebrochen; andere werden noch folgen müssen. Die volle, reine Demokratie wird die Grundlage alles öffentlichen Lebens und der Gesetzgebung bleiben. Es wird keine Vorrechte des Geldsacks, der Geburt, des Amtes geben. Jeder wird nur soviel gelten, als er für die Allgemeinheit leistet. Bis zum möglichst bald zu erwartenden Zusammentritt der Nationalversammlung wird die Gewalt in den Händen der Arbeiter- und Soldatenräte zu verbleiben haben. Die Bauern mögen sich bis dahin genügen lassen an der vollen politischen und persönlichen Freiheit, die ihnen die Revolution geschenkt hat. Die finanzielle Belastung wird in Zukunft sehr stark sein. Die großen Einkommen, die hohen Vermögen, die Erbschaften, namentlich aber die Kriegsgewinne werden in kräftigster Progression heranzuziehen sein und gegen Verheimlichung von Besitzteilen wird einfach die Wegnahme der verheimlichten Vermögensobjekte verfügt werden können. Einleuchtend besprach Redner dann die Sozialisierung der Produktion, vor der sich niemand zu fürchten brauche und die naturgemäß sei. Vorrechte des Besitzes seien mit wirklicher Demokratie unvereinbar und in der sozialisierten Gesellschaft unmöglich. Der sehr starke Beifall bekundete das Einverständnis der Versammlung mit den Ausführungen. Nach kurzen Darlegungen durch die Genossen Winkler und Heinrich aus Naumburg und nach Beantwortung mehrerer Fragen erreichte nach einem warmen Schlußworte die ausgezeichnet verlaufene Versammlung ihr Ende.

Zeitz. Pferdefleisch. Verkauf von je 1 Pfund am Dienstag, dem 26. November d. J. von früh 8—12 Uhr bei Frommelt: Roßfleischkarte der Stadt Zeitz Nr. 2201—2400, bei Frommelt: Roßfleischkarte des Landkreises Zeitz Nr. 1 bis Ende, bei Frommelt: Roßfleischkarte der Stadt Zeitz Nr. 1—300, bei Reif: Reißfleischkarte der Stadt Zeitz Nr. 801—800. Nur die aufgerufenen Marken können berücksichtigt werden. Die Ausweiskarte ist vorzulegen.

Zeitz. Stärkewäsche und — Scheuertücher ohne Bezugsscheine, das soll unmittelbar zu erwarten sein. Es sollen auf die Freiliste gesetzt werden: Tischwäsche, Kragen, Manschetten, Vorhemden und Scheuertücher, wahrscheinlich auch Taschentücher. Ferner sollen alle undichten Gewebe bezugsscheinfrei sein, nicht nur undichte baumwollene Kleiderstoffe, wie es bisher hieß. — Auf Bettwäsche sollen Bezugsscheine wieder ausgegeben werden. Die Bestandsprüfung soll zum großen Teil wegfallen. Es sollen vielmehr bei vereinfachter Bedarfsprüfung gegen einen Bezugsschein ein Winterkleid und ein Wintermantel ohne weiteres gewährt werden. Die kommunale Beschlagnahme der Tischwäsche wird aufgehoben. Im Monat Dezember sollen weitere Erleichterungen der Bezugsscheinpflicht eintreten. Man hofft, bis zum April die Bezugsscheinpflicht ganz beseitigt zu haben. Die Kaufleute werden ersucht, die amtliche Bekanntmachung hierüber abzuwarten, da noch keine endgültigen Beschlüsse vorliegen.

Bitterfeld. Aus den Verlustlisten. Die preußischen Verlustlisten Nr. 1298 und 1294 enthalten aus dem Kreise Bitterfeld und dessen Umgebung folgende Namen: Unteroffizier Otto Ackermann aus Holzweißig (bisher vermißt), in Gefangenschaft. Martin Brandt aus Kömmlitz, Kr. Delitzsch, gefallen. Albert Döring aus Lindenhayn, leicht verwundet. Max Döring aus Löbnitz, schwer verwundet. Gefreiter Otto Heller aus Wolfen, gefallen. Max Heyde aus Zschölkau, vermißt. Reinhold Hübscher aus Delitzsch, vermißt. Max Liebmann aus Bitterfeld, vermißt. Gefreiter Friedrich Liebke aus Serbitz, schwer verwundet. Otto Naumann aus Doberschütz, vermißt. Karl Paasch aus Möst, gefallen. Otto Pörschmann aus Delitzsch, gestorben infolge Krankheit. Richard Richter aus Battaune, vermißt. Emil Schmidt aus Schladitz, leicht verwundet. Otto Schulze aus Bitterfeld, leicht verwundet. Wolter Strauß aus Zörbig, gefallen. Karl Tandel aus Authausen, leicht verwundet. Karl Tornau aus Dueis, Kr. Delitzsch, vermißt. Kurt Wagner aus Gestharfen, vermißt. Richard Werner aus Nockwitz, Kr. Delitzsch, vermißt. Franz Winkler aus Grabschütz, schwer verwundet.

— Aus der sächsischen Verlustliste Nr. 555: Wilhelm Achilles aus Zeßnitz, leicht verwundet. Otto Hempel aus Delitzsch, aus der Gefangenschaft zurück.

Wittenberg. Einbruchsdiebstähle. Mit Nachschlüssel haben in der Nacht zum Donnerstag Diebe die Tür des Hauses Mittelstr. 42 geöffnet, sind in die Niederlage der Seifensiederei der Firma L. Faul eingedrungen und haben 600 Schachteln Lanolin, 1 Paket, welches zur Post gebracht werden sollte, enthaltend Wäsche, Kleidungsstücke und Lebensmittel, sowie einen Posten Waschpulver gestohlen. Da die Diebe hieran noch nicht genug hatten, sind sie in vergangener Nacht nochmals dort gewesen, sind aber diesmal nach der Küche, der Ladenstube und dem Laden selbst gegangen, haben alles durchwühlt und die gesamte Küchenwäsche, sowie verschiedenes aus dem Laden gestohlen, so daß der Wert sich auf über 1000 M. beläuft. — Weiter sind ebenfalls in vergangener Nacht Diebe in das Grundstück Mittelstraße 39 eingedrungen und haben aus der Niederlage und dem Laden des Herrn Zimmermann etwa 22 Pfund Butter, für etwa 100 M. Emmenthaler Käse, etliche Schachteln mit Bonbons und eine Flasche Wein gestohlen. Hier wurden die Diebe, die bei ihrer Arbeit Geräusch verursacht hatten, durch Z., welcher erwacht war, gestört. Der herbeigerufene Kreispolizeihund verfolgte mit großer Sicherheit eine Spur nach der Kupferstraße, so daß es bei den Nachforschungen hoffentlich gelingt, den Dieb zu ermitteln und ihm das Handwerk legen zu können.

Wittenberg. Ein Einbruchsdiebstahl, bei dem den Dieben für mindestens 10 000 M. Stoffe und Anzüge in die Hände gefallen sind, ist in dem Geschäft von Kleinleich und Alberz, Schloßstraße 4, verübt worden. Die Diebe, die sehr gerissen [illegible] wußt haben müssen, sind vom Hofe aus vorgegangen, in den Laden führenden Tür das Schloß kunstgerecht [illegible] stemmt, sind dann in den Laden eingedrungen und haben dort unter den Stoffen und Anzügen das Beste ausgewählt und mitgenommen. Auffällig ist, daß von der Arbeit, die Geräusch verursacht haben muß, von den Bewohnern niemand etwas gehört hat.

— Nach Erbrechen eines Reisekorbes sind der Jüdenstraße 8 wohnenden Arbeiterin Elisabeth Meinel aus Klingenthal ein Paar neue Schuhe im Werte von 60 M. gestohlen worden. Während hier eine, inzwischen nach Hamburg abgereiste Arbeiterin Treu als Täterin in Frage kommt, fehlt von dem Diebe, der in der Kurfürstenstraße 35 einen Stall erbrach und daraus mehrere dem Montagemeister Schmohl gehörige Hühner und Kaninchen stahl, bisher noch jede Spur.

Nebra. Durchgänger. Hier gingen die Pferde der von Helldorffschen Gutswirtschaft mit einem Wagen, in welchem sich der Inspektor Stehfest mit seinem alten zuverlässigen Geschirrführer befand, durch. Die Pferde rasten in einem gewaltigen Tempo die Straßen entlang bis auf freies Gelände und stürzten sodann in einen in der Nähe der Schäferei befindlichen tiefen Steinbruch. Die Pferde erlitten derartig schwere Verletzungen, daß sie sofort abgetschen werden mußten. Die Insassen konnten sich durch Abspringen retten.

Eisleben. Lohntage der Gewerkschaft für 1919: Freitag, den 31. Januar, Sonnabend, den 15. Februar, Freitag, den 28. Februar, Sonnabend, den 15. März, Montag, den 31. März, Dienstag, den 15. April, Mittwoch, den 30. April, Donnerstag, den 15. Mai, Sonnabend, den 31. Mai, Montag, den 16. Juni, Montag, den 30. Juni, Dienstag, den 15. Juli, Donnerstag, den 31. Juli, Freitag, den 15. August, Sonnabend, den 30. August, Montag, den 15. September, Dienstag, den 30. September, Mittwoch, den 15. Oktober, Freitag, den 31. Oktober, Sonnabend, den 15. November, Sonnabend, den 29. November, Montag, den 15. Dezember, Mittwoch, den 31. Dezember, Donnerstag, den 15. Januar 1920.

Eutzsleben. Mordversuch und Brandstiftung eines russischen Gefangenen. Ein russischer Kriegsgefangener zündete hier die Scheuer des Landwirts Kraft an, die samt Inhalt bis auf die Steinmauern niederbrannte. Während des Brandes versuchte er die Tochter des Hauses, ein 20jähriges Mädchen, zu töten, indem er ihr den Mund zuhielt, um sie zu ersticken. Ein Nachbar hörte sie stöhnen, und als er dem Laut nachging, fand er das unglückliche Mädchen fast leblos vor. Es gelang ihm, die Unglückliche dem Leben zurückzugeben. Der Täter wurde festgenommen.

Raundorf bei Lauchhammer. Volksversammlung. Sonntag abend fand hier eine gut besuchte öffentliche Versammlung statt, in der von den Unabhängigen Gen. Böttge, Halle, referierte. In ruhiger gemäßigter Art legte Redner den Ausbruch und Verlauf des Weltkriegs dar, um dann die Bedeutung der Revolution zu schildern. Als zweiter Redner sprach in der Debatte von unserer Seite Genosse Drescher, Halle, der zufällig anwesend war. Unser Freund ergänzte die Ausführungen des Referenten noch in einer längeren Rede, in der besonders die Schwierigkeiten der Demobilisation, der Ernährungsfrage und des Wiederaufbaues der deutschen Volkswirtschaft behandelte. Beide Redner fanden lebhafte Zustimmung.

Kleinleipisch. Eine öffentliche Versammlung tagte am Sonntag hier in Schülers Gasthof. Genosse Drescher, Halle, sprach über die Bedeutung der Revolution. Die zahlreich erschienenen Besucher folgten mit größtem Interesse den Ausführungen des Redners, der in leicht verständlicher Art die Folgen des Krieges und die durch die Revolution aufgeworfenen Fragen erörterte. Nach seinem Vortrage sprachen noch zwei Genossen aus dem Orte, die zur Organisation und zum Lesen der Arbeiterpresse aufforderten. Im Anschluß an die Versammlung fand eine kurze Besprechung der Mitglieder unseres hiesigen Ortsvereins statt, wobei bekanntgegeben wurde, daß Sonntag, 1. Dezember, abends 6 Uhr eine ordentliche Mitgliederversammlung stattfindet, in der verschiedene Vereinsangelegenheiten erörtert werden.

Sangerhausen. Ein Paketmarder erwischt. Am 26. Oktober sind von einem die hiesige Eisenbahnstation passierenden kranken Soldaten dem Hilfswaichensteller Heiroth von der hiesigen Station zwei Postpakete durch die Ehefrau des Soldaten zur Beförderung nach dem Postamt übergeben worden. Als Entlohnung bzw. Trinkgeld sind von dem kranken Soldaten dem Heiroth 2 M. gegeben worden. Bei der späteren Rückkehr (am 11. November) des Soldaten in die Heimat hat sich ergeben, daß die Pakete dort nicht angelangt sind. Auf erfolgte Anfrage des Soldaten beim hiesigen Postamt hat sich ergeben, daß Pakete mit der angegebenen Aufschrift nicht aufgegeben worden sind. Am 21. d. M. hat der Soldat im Polizeibureau hier Anzeige erstattet. Bei der sofort vorgenommenen Haussuchung in der Wohnung des Beschuldigten sind die Sachen vorgefunden, beschlagnahmt und dem Beschädigten übergeben worden.

Lützen. 13jähriger Brandstifter. Sonnabend mittag brannte wieder eine Scheune nieder, und zwar die des Spediteurs E. Jahn. Diesmal gelang es aber, den Brandstifter in der Person des 13jährigen Schulknaben Max Rüdiger zu ermitteln.

Schmölln. Zuchtmittel des Pastors zur Erzwingung des Kirchgangs. Die hiesigen Pastoren geben den Konfirmanden auf, Sonntags die Kirche zu besuchen. Es dürfte aber zur freien Willensbestimmung der Eltern gehören, ob sie die Kinder dem Rufe folgen lassen wollen oder nicht. Der Pastor Distellamp glaubt aber, Zwang ausüben zu müssen, indem er die Kinder, die nicht zur Kirche gekommen sind, mit einer Ohrfeige bestraft. Glaubt dieser Herr Pastor, mit diesen Gewaltmitteln aus diesen Kindern und deren Eltern Gläubige zu machen? Seit wann gehört denn die Prügelstrafe zum Erziehungsmittel der Diener Gottes? Aus welchem Recht wird denn die Anwendung solcher Maßnahmen hergeleitet? Glaubt man vielleicht, damit dem Zuge der neuen Zeit für Gewinnung religiöser Dinge Rechnung zu tragen? Der Herr scheint auch noch nicht zu wissen, daß auch in solchen Dingen die Revolution einige Aenderung gebracht hat; das soll ihm hiermit gesagt sein.

Gewerkschaftliches.

Bildung einer Arbeitsgemeinschaft ländlicher Arbeitgeber und Arbeitnehmer.

In gemeinsamer Sitzung vom 19. November d. J. haben sich die großen landwirtschaftlichen Organisationen, vertreten durch den Reichsausschuß der deutschen Landwirtschaft, sowie die Verbände der landwirtschaftlichen Arbeiter und Angestellten zu einer Arbeitsgemeinschaft ländlicher Arbeitgeber und Arbeitnehmer vereinigt.

Die Arbeitsgemeinschaft ist auf paritätischer Grundlage errichtet. Sie soll den Boden für ein gemeinsames von gegenseitigem Vertrauen getragenes Zusammenwirken von ländlichen Arbeitgebern und -nehmern und zugleich den zusammenfassenden Mittelpunkt für die Bestrebungen der einzelnen Verbände bilden.

Der landwirtschaftliche Beruf mit seinen zahlreichen Zwischenstufen zwischen Arbeitgebern und Arbeitnehmern und dem engen Zusammengehörigkeitsgefühl aller seiner Glieder erfordert in diesen schweren Zeiten vor allem die Zusammenfassung der Kräfte, um in gemeinsamer Arbeit an dem Wiederaufbau des Wirtschaftslebens auf dem Lande und an der Herbeiführung befriedigender Verhältnisse zwischen Arbeitgebern und Arbeitnehmern auf dem Lande mitzuwirken.

Die Arbeitsgemeinschaft bildet zugleich den **Zentral-Bauern- und Landarbeiterrat.** Die geschäftsführende Stelle befindet sich in Berlin W 9, Königgräger Straße 19 II. Die Ausarbeitung besonderer Eingaben für die Arbeitsgemeinschaft bleibt späterer Zeit vorbehalten.

Gewaltige Fortschritte der deutschen Gewerkschaften.

Auch die bisher gleichgültigen oder furchtsamen Arbeiterschichten sind durch die Revolution aufgerüttelt. Die deutschen Gewerkschaften machen in dieser Zeit gewaltige Fortschritte. Das Berliner Bureau des Deutschen Metallarbeiterverbandes hatte in einer einzigen Woche 18 000 Beitritte zu verzeichnen. Auch andere Berliner Gewerkschaften haben es im Verhältnis zu der Zahl der Berufsangehörigen auf ähnliche Anmeldeziffern gebracht.

Vermischtes.

ml. Ein Riesentunnel in Brasilien. Der Piranhatunnel in Brasilien ist in den letzten Jahren der Gegenstand lebhaften Interesses in technischen Kreisen gewesen sowohl wegen seines Baues wie wegen seiner Bestimmung. Die Stadt Rio de Janeiro, die über eine Million Einwohner zählt, wird mit Elektrizität, sowohl für Licht wie für Kraft, von einer einzigen Gesellschaft versorgt, der Rio de Janeiro Tramway, Light and Power Co. Deren größte Kraftstation liegt etwa 50 englische Meilen westlich der Stadt, bei Lages, und ist für eine Höchstleistung von 50 000 Kilowatt gebaut. Es ist eine hydroelektrische Anlage, die ihr Wasser von einem Reservoir mit 6¾ Millionen Kubikfuß Raum erhält. Die Kraftstation war in den verhältnismäßig nassen Jahren 1906/07 erbaut worden, und bis 1910 hatte man genügend Wasser. Dann wurde infolge unerwarteter Vermehrung der Stromnachfrage und wegen mehrerer trockener Jahre der Wasserstand des Reservoirs sehr niedrig, so daß man eine Hilfsstation in Rio de Janeiro anlegen mußte. Da die Kohlenkosten hierfür mehrere tausend Dollar im Tag ausmachten, war es notwendig, eine ergänzende Wasseranlage zu schaffen. Deshalb baute man den Piranhatunnel vom Piranhafluß zum Wasserbassin von Lages. Seit der Fertigstellung des Tunnels hat man keine einzige Tonne Kohle mehr auf der Hilfsstation zu verwenden brauchen. Die Sprengarbeiten für den Tunnel begannen am 1. November 1911 und wurden am 8. November 1913 beendigt. Der Tunnel ist 4 Meter breit und 2½ Meter hoch. Bei der Sprengung wurde das sogenannte Schweizer System angewandt. Wie bei den meisten Tunnelarbeiten hing der Fortschritt der Arbeit in hohem Grad von der Schnelligkeit ab, mit der man die abgesprengten Steinmassen fortschaffen konnte. Und auf diesem Gebiet wurde tatsächlich eine Höchstleistung erzielt. Während der Woche, die das beste Ergebnis erzielte, schaffte man in jeder vierten Minute einen Wagen Geröll hinaus; im übrigen war der Durchschnitt 6½ bis 7 Minuten für den Wagen. Um die Arbeiter zu ermuntern, wandte man ein Prämiensystem an, das Wunder wirkte. In einem Rekordmonat verteilte man an 135 Arbeiter 3350 Doll. Prämien. Die Gesamtlänge des Piranhatunnels beträgt 8,5 Kilometer; die Fertigstellung nahm 489 Tage in Anspruch, und das beste Monatsergebnis war 153 Meter. Für die Arbeiten war die einheimische Bevölkerung nicht zu verwenden. In der Hauptsache stellte man Spanier an, aber auch eine geringere Anzahl Portugiesen und Italiener.

An unsere auswärtigen und Post-Abonnenten.

Beschwerden über unpünktliches Zustellen der Volksstimme sowohl als auch über Fehlen einzelner Exemplare an der überwiesenen Anzahl sind stets bei dem Postamt des betreffenden Ortes anzumelden.

Beschwerden beim Verlag verzögern nur die Regelung der Angelegenheit, die nur auf postalischem Wege erfolgen kann. Der Verlag der Volksstimme.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-17062977519181126-17/fragment/page=0006